



# Protokoll

## des Einwohnerrates Zofingen

### Amtsperiode 2010/13

#### 1. Sitzung vom Montag, 21. März 2011, 18.00 – 21.00 Uhr im Stadtsaal

##### Vorsitz

Patricia Kettner, Ratspräsidentin

##### Protokollführer

Arthur Senn, Stadtschreiber

##### Anwesend

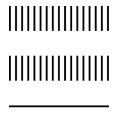
- 38 Mitglieder des Einwohnerrates
- 7 Mitglieder des Stadtrates
- Bereichs- und Abteilungsleitende der Stadtverwaltung

##### Entschuldigungen

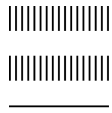
- Aaron Gyax, Einwohnerrat
- Marcel Thüler, Einwohnerrat



<b>Traktandenliste</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Inpflichtnahmen</b>	
Inpflichtnahme von Bruno Blöchli (FDP) und Dr. André Kirchhofer (FDP)	158
<b>2. Mitteilungen</b>	158
<b>3. Einbürgerungen</b>	
GK 70 Krasniqi Mark, 1983, kosovarischer Staatsangehöriger, Obere Mühlemattstrasse 51	162
GK 71 Mamshli Hemen Mustafa Hassan, 1977, irakischer Staatsangehöriger, Gotthelfstrasse 12	162
GK 72 Memaj Tome, 1979, mit Ehefrau Memaj geb. Alija Tone, 1984, und den minderjährigen Kindern Memaj Denis, 2007, und Memaj Fiona, 2010, kosovarische Staatsangehörige, Brittnauerstrasse 12	163
<b>4. Kreditbewilligungen</b>	
GK 73 Kreisel Güterstrasse/Untere Grabenstrasse K104; Kreditbewilligung Gemeindeanteil	163
GK 74 Abwasserbeseitigung – Bewilligung eines Rahmenkredites 2011 für die Sanierung von Abwasserleitungen (Umsetzung GEP)	171
<b>5. Parlamentarische Vorstösse</b>	
GK 56 Interpellation von Dominik Gresch, Marco Arni und Renata Siegrist (alle glp/DYM) vom 13. September 2010 betr. Energiepolitisches Engagement der Energiestadt Zofingen (Begründung und Beantwortung)	173
GK 57 Motion der SVP-Fraktion vom 13. September 2010 betr. Fit for the mission: Eventualplanung Parkhaus Untere Vorstadt (Begründung und Beantwortung)	174
GK 66 Postulat der SP-Fraktion vom 25. Oktober 2010 betr. faire Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen in der Stadt Zofingen (Begründung und Beantwortung)	175
GK 67 Interpellation von Robert Weishaupt (CVP/DYM) und Mitunterzeichnende vom 29. November 2010 betr. Plan Lumière (Begründung und Beantwortung)	177



GK 68	177
Interpellation der SP-Fraktion vom 29. November 2010 betr. Aktualität und Archiv der Website der Stadt Zofingen (Begründung und Beantwortung)	
GK 69	178
Postulat der Fraktion Dynamische Mitte vom 29. November 2010 betr. geregelte Plakatierung in der Altstadt dank öffentlichen Plakatstellen (Begründung und Beantwortung)	
GK 75	179
Dringliche Interpellation der Fraktion Dynamische Mitte vom 21. März 2011 betr. „Im Stadtsaal ist der Wurm drin“ (Begründung und Beantwortung)	
<b>6. Umfrage</b>	<b>184</b>



## Begrüssung

Fr. **Patricia Kettner**, Ratspräsidentin, begrüsst die anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates, des Stadtrates, den Ratssekretär, die Kaderleute der Verwaltung, den Stadtweibel, die Stadtsaalcrew, die Medienvertreter sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne – insbesondere Frau Angelica Cavegn Leitner, Einwohnerratspräsidentin von Aarau – zur ersten Sitzung im Jahr 2011.

Für die heutige Sitzung haben sich Aaron Gygax und Marcel Thüler entschuldigt. Der Rat ist mit 38 Mitgliedern verhandlungsfähig.

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig zugestellt. Nachdem keine Einwände gegen diese gemacht werden, können die Geschäfte in der vorgesehenen Reihenfolge behandelt werden.

## Art. 44

### Inpflichtnahmen

Die **Vorsitzende** bittet die beiden Einwohnerräte Bruno Blöchli (FDP) und André Kirchhofer (FDP) für die Inpflichtnahme nach vorne.

Alle Anwesenden, inkl. Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, werden gebeten, sich während der Inpflichtnahme von ihren Plätzen zu erheben.

Der **Ratssekretär** verliest die Gelübdeformel: „Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrates die Ehre und die Wohlfahrt der Stadt Zofingen zu fördern und gemäss den Verfassungen und Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.“

Die beiden Einwohnerräte Bruno Blöchli (FDP) und André Kirchhofer (FDP) leisten das Amtsgelübde durch Nachsprechen der Worte „Ich gelobe es“.

Die **Vorsitzende** dankt ihnen für ihre Bereitschaft, im Einwohnerrat mitzuwirken und wünscht ihnen viel Durchhaltevermögen, Geduld und Freude bei der verantwortungsvollen Arbeit.

### Mitteilungen

Nachdem gegen das **Protokoll** der Einwohnerratssitzung vom 29. November 2010 innerhalb der Frist keine Einwände eingegangen sind, wird dieses unter bester Verdankung an den Ratssekretär als genehmigt erklärt. Beim Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 25. Oktober 2010 gibt es einen Änderungsantrag auf der Seite 133, welcher von Einwohnerrätin Barbara Bättig eingereicht wurde: Im 7. Abschnitt heisst es richtig „Bach-Chorälen“ anstatt „Bach-Aarau“. Die Ersatzseiten liegen als Tischaufgabe vor.

Am 4. Januar 2011 ist **Anton Fuchs** gestorben. Der Verstorbene hat sich während 14 Jahren mit viel Engagement für die Zofinger Öffentlichkeit eingesetzt. So war er von 1976 bis 1989 Mitglied des Einwohnerrates und davon in den Jahren 1978 bis 1981 Mitglied der Geschäftsprüfungskommission. Durch sein Mandat als Einwohnerrat arbeitete er zudem in zahlreichen Spezialkommissionen mit.



Im Namen des Einwohnerrates dankt die **Vorsitzende** dem Verstorbenen für seinen grossen, uneigennütigen Einsatz für die Öffentlichkeit und entbietet den Angehörigen ihre Anteilnahme. Sie bittet alle Anwesenden, sich zu Ehren von Anton Fuchs für eine Gedenkminute von ihren Plätzen zu erheben.

Die **Vorsitzende** gratuliert Einwohnerrätin Miriam Ruf-Eppler und ihrem Ehemann Mark zur **Geburt** ihrer Tochter Livia. Sie bittet Miriam Ruf-Eppler nach vorne und überreicht ihr im Namen des Einwohnerrates das obligate Geschenk.

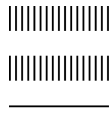
Die Einwohnerratsmitglieder haben die Traktandenliste für das **Parlamente-Treffen** von Aarau, Olten und Zofingen vom 5. April 2011 in Olten erhalten. Die **Ratspräsidentin** hat sich ausserordentlich gefreut über den grossartigen Anmeldestand von 30 Personen inkl. der Mitglieder des Stadtrates. Aarau wird mit 20 und Olten mit 28 Teilnehmenden vertreten sein. Sie bedankt sich bei den Einwohnerrats- und Stadtratsmitgliedern für das Interesse, denn die regionale Zusammenarbeit wird zunehmend wichtiger, wenn man weiterkommen will.

Das Hauptziel dieses Anlasses ist, die Räte einmal über das Projekt AareLand zu informieren. Dieses ist noch zu wenig bekannt. Man wird in Zukunft bei den zu fällenden Entscheiden – was zwar lokal geschieht – auch immer mehr die überregionalen Aspekte einbeziehen müssen. Die drei Ratspräsidenten bzw. -präsidentinnen haben sich vorgängig getroffen und schlagen zudem vor, dass eine Erklärung unterzeichnet wird, welche einen symbolischen Charakter aufweist und keine rechtliche Verbindlichkeit hat. Darin wird erklärt, dass die Parlamente das Engagement ihrer Exekutiven im Projekt AareLand begrüssen. Dies ist wichtig, weil das „AareLand“ eine vom Bund definierte Agglomeration ist und nur definierte Agglomerationen für gewisse Projekte Geld erhalten. Zudem wird festgehalten, dass der Informationsaustausch zwischen den Parlamenten institutionalisiert werden und regelmässig stattfinden soll.

Die Vorsitzende hat deshalb angeboten, dass das nächste Parlamente-Treffen in Zofingen stattfinden könnte. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese Treffen monatlich stattfinden werden, sondern möglicherweise im Abstand von 1 bis 2 Jahren. Ebenso muss ein aktuelles Thema vorhanden sein, über welches diskutiert oder informiert werden kann. Beispielsweise grössere Projekte in der Agglomeration. Vor der Unterzeichnung der Erklärung wird der Ratspräsident von Olten eine Konsultativabstimmung durchführen.

Der Einwohnerrat hat am 23. November 2009 Herrn **Rigaine Konde** das Gemeindebürgerrecht von Zofingen zugesichert. Bei der nachfolgenden ordentlichen Prüfung durch die Kommission für Justiz des Grossen Rats haben die Abklärungen beim Migrationsamt und die Konsultation des Vorstrafenregisters ergeben, dass gegen Herrn Konde in den Jahren 2006 und 2008 Strafbefehle ausgesprochen wurden, welche mit Bussen von CHF 400.– und CHF 150.– geahndet wurden. Der Strafregisterauszug, welcher der Stadt Zofingen vorlag, war blank. Rigaine Konde hat den Stadtrat offenbar nicht über seine strafrechtlichen Vorkommnisse informiert. Der Stadtrat hatte zu diesem Zeitpunkt, also im November 2009, keine Möglichkeit, Einblick in das Vorstrafenregister zu erhalten und war demnach auf die wahren Angaben des Gesuchstellers angewiesen.

Weshalb hatte der Stadtrat keine Kenntnis von all diesen Verurteilungen? Gemäss bisheriger Praxis reichte die Stadt Zofingen keine Anfragen beim Migrationsamt des Kantons Aargau ein, was auch nicht verlangt wurde. Von der Möglichkeit, eine Vorstrafenregister-Anfrage zu stellen, hatten die Gemeinden keine Kenntnis. Diese wurden genau am 23. November 2009 durch das Departement für Volkswirtschaft und Inneres (DVI) über diese neue Möglichkeit informiert. Der Stadtrat und die



Einbürgerungskommission haben ihre Praxis umgehend angepasst. Zudem musste der Stadtrat gegenüber dem Kanton zu dieser Einbürgerung Stellung nehmen. Dabei hielt er fest, dass er im Wissen um die verschiedenen Strafdelikte den Einbürgerungsantrag nie der Einbürgerungskommission und dem Einwohnerrat unterbreitet hätte. Die Einbürgerung von Herrn Konde wurde vom Kanton gestützt darauf abgelehnt.

Den Einwohnerratsmitgliedern wurden an der heutigen Sitzung folgende **Unterlagen verteilt**:

- Aktualisierte Sitzordnung
- Aktualisierte Telefonliste
- Behördenverzeichnis 2010/13
- Geänderte Seiten 132 und 133 des Protokolls der Einwohnerratssitzung vom 25. Oktober 2010
- Einladung des Forums Ost-West zum Anlass vom 13. April 2011 „20 Jahre Schweizer Ostzusammenarbeit – Erfahrungen, Kosten, Nutzen“/“Islam in der Russischen Föderation und Zentralasien“
- Zofinger Schreibblock mit Zofinger Kugelschreiber

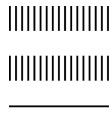
Die **Ratspräsidentin** verliest das **Rücktrittsschreiben von Aaron Gygax (SVP)** vom 20. März 2011. Sein Rücktritt erfolgt infolge Wegzugs aus Zofingen per Ende März 2011. Die Verabschiedung war eigentlich für heute Abend vorgesehen. Leider ist er krank geworden und kann nicht anwesend sein. Die Vorsitzende wünscht ihm von hier aus gute Besserung. Das Abschiedsgeschenk wird ihm nachträglich überbracht.

Die **Vorsitzende** hat heute dem Vizepräsidenten ihren **Rücktritt per Ende 2011** bekanntgegeben und liest ihr Rücktrittsschreiben vor. Im Herbst beginnt sie eine Weiterbildung. Zusammen mit Familie und Arbeit bleibt in den nächsten zwei bis drei Jahren keine Zeit mehr für ein aktives Engagement in der Politik.

Heute Abend ist Frau Cavegn Leitner, Einwohnerratspräsidentin von Aarau, anwesend. Sie hat der Vorsitzenden bzw. dem Einwohnerrat Zofingen vor einigen Wochen ein **Geschenk des Einwohnerrates Aarau** übergeben. Anfangs März haben sich alle Einwohnerratspräsidenten und -präsidentinnen sowie Vizepräsidenten und -präsidentinnen in Aarau zu einem Austausch getroffen. Es war höchst spannend die unterschiedlichen Kulturen und Vorgehensweisen zu erleben, zu hören und auszutauschen. Angelica Cavegn Leitner hat die Initiative ergriffen und auch dieses Treffen soll in Zukunft regelmässig stattfinden. Der Austragungsort wird dem Alphabet nach festgelegt, wobei Aarau den ersten Anlass organisiert hat. Beim überreichten Geschenk handelt es sich um eine Stadtführung für die Mitglieder des Einwohnerrates Zofingen in Aarau, welche mit einem Applaus verdankt wird. Die **Vorsitzende** wird diesbezüglich noch eine Terminumfrage durchführen.

Die **Ratspräsidentin** hat an der letzten Einwohnerratssitzung vom 29. November 2010 die Fraktionen aufgefordert, Mitglieder für die **einwohnerrätliche Spezialkommission Informatik-Vorlagen** zu nominieren. Die Nominierungen sind inzwischen eingegangen. Folgende Mitglieder des Einwohnerrates wurden vorgeschlagen:

- Claudia Hauri, FDP
- Christina Mülchi, SVP
- Marcel Murri, SP
- Markus Schär, FDP



- Markus Schlatter, DYM
- Rahela Syed, SP
- Martin Willisegger, SVP

Für das Präsidium wurde von keiner Fraktion ein Vorschlag eingereicht. Die Vorsitzende bittet die Fraktionspräsidenten, sich eventuell in der Pause darüber zu unterhalten, denn im Anschluss an die heutige Einwohnerratssitzung findet die konstituierende Sitzung der Spezialkommission statt, an welcher das Präsidium, das Vizepräsidium sowie die Termine für die Beratung der Geschäfte festgelegt werden. Die Kommissionsmitglieder werden gebeten, nach der Einwohnerratssitzung hier zu bleiben.

### Neueingänge

Folgende parlamentarische Vorstösse sind neu eingegangen:

- Postulat der SP-Fraktion betr. Pilotprojekt „Tagesstrukturen“
- Dringliche Interpellation der Fraktion Dynamische Mitte betr. „Im Stadtsaal ist der Wurm drin“

Das Postulat wird an einer der kommenden Sitzungen behandelt. Die Abstimmung über die Dringlicherklärung der Interpellation erfolgt am Schluss der Behandlung der traktandierten parlamentarischen Vorstösse.

### Art. 45

### Einbürgerungen

#### GK 70

**Krasniqi Mark, 1983, kosovarischer Staatsangehöriger, Obere Mühlemattstrasse 5 1**

#### GK 71

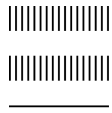
**Mamshli Hemen Mustafa Hassan, 1977, irakischer Staatsangehöriger, Gotthelfstrasse 12**

#### GK 72

**Memaj Tome, 1979, mit Ehefrau Memaj geb. Alija Tone, 1984, und den minderjährigen Kindern Memaj Denis, 2007, und Memaj Fiona, 2010, kosovarische Staatsangehörige, Brittnauerstrasse 12**

Hr. **Michael Wacker**, Referent der FGPK, erlaubt sich als erstes eine kurze Bemerkung zur Mitteilung der Einwohnerratspräsidentin betr. Ablehnung des Einbürgerungsgesuchs von Herrn Konde durch den Kanton: Es ist nie ganz auszuschliessen, dass eine Person versucht zu schummeln. Genau für diesen Fall besteht in der Schweiz ein dreistufiges Verfahren. Im vorliegenden Fall ist der Gesuchsteller bei einer dieser drei Instanzen hängen geblieben.

In der FGPK hatte man bisher immer den Eindruck, dass bei den Einbürgerungsgesuchen seitens der Verwaltung und des Stadtrates wie auch der Einbürgerungskommission sehr gute und gewissenhafte Arbeit geleistet wird. Dies betrifft auch die drei heute vorliegenden Gesuche.



Michael Wacker steht als Stellvertreter von Marcel Thüler, welcher Mitglied der Einbürgerungskommission ist, am Rednerpult. Momentan befindet sich dieser in Namibia auf der Hochzeitsreise. Er konnte den FGPK-Mitgliedern an der Sitzung vom 3. März 2011 jedoch versichern, dass alle drei Gesuche problemlos sind. Alle Gesuchstellenden sind mit den hiesigen Gepflogenheiten bestens vertraut und verfügen über gute staatskundliche Kenntnisse.

Was die Kommissionsmitglieder an dieser FGPK-Sitzung ebenfalls festgestellt haben, ist, dass manchmal der Verdacht aufkommen könnte, bei der Formulierung der Wohnerratsvorlagen werde ab und zu die Tastenkombination „Ctrl + C“ bzw. „Ctrl + V“ benützt. Den FGPK-Mitgliedern war in der Diskussion aber auch klar, dass bei Standardgesuchen die Versuchung gross ist, Standardsätze zu verwenden. Sowohl der Stadtammann als auch Marcel Thüler haben diese Anmerkungen gerne mitgenommen und die FGPK ist gespannt auf die neue Prosa bei künftigen Wohnerratsvorlagen.

Die FGPK hat alle drei Einbürgerungsgesuche einstimmig gutgeheissen und empfiehlt dem Wohnerrat, dasselbe zu tun.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, möchte sich nicht zu den Einbürgerungsgesuchen äussern, da diese sowohl in der Einbürgerungskommission als auch im Stadtrat völlig unbestritten waren, sondern präzisieren, was die Stadt Zofingen mit Hilfe der „Strafregisterauszüge“ eigentlich abklärt.

Im Strafregisterauszug stehen jene Verfehlungen, welche eine gewisse Schwere aufweisen. Nach einiger Zeit werden diese wieder gelöscht. Was bis letztes Jahr nicht abgeklärt werden konnte, weil angeblich die Datenschutzbestimmungen dagegen sprachen, waren die aktenkundigen Verfehlungen. Dabei handelt es sich um ein Register, welches von der Polizei geführt wird. Man versuchte einige Male an diese Angaben zu kommen, aber der Kanton blockte ab.

Inzwischen gehört es zum Standard der Stadt Zofingen, dass all diese Daten zur Verfügung stehen. Dies bedeutet aber nicht, dass bei einem Einbürgerungsgesuch rein mechanisch entschieden wird, weil irgendeine Verfehlung vorhanden ist bzw. war – alle können einmal einen Fehler machen. Aber man kann die Art und die Schwere der Verfehlung nachschauen und auch, ob es mehrere innerhalb der letzten Jahre waren oder ob es sich um einen einmaligen Ausrutscher handelt. In jedem einzelnen Fall wird dies jetzt abgeklärt. Somit sollte sich ein solcher Fall nicht mehr wiederholen können.

Nachdem zu den Einbürgerungsgesuchen das Wort nicht weiter gewünscht wird, lässt die **Vorsitzende** über die stadträtlichen Anträge einzeln abstimmen:

GK 70

Krasniqi Mark, 1983, kosovarischer Staatsangehöriger, Obere Mühlemattstrasse 51

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zugestimmt.**

GK 71

Mamshli Hemen Mustafa Hassan, 1977, irakischer Staatsangehöriger, Gotthelfstrasse 12

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 34:1 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) zugestimmt.**





GK 72

Memaj Tome, 1979, mit Ehefrau Memaj geb. Alija Tone, 1984, und den minderjährigen Kindern Memaj Denis, 2007, und Memaj Fiona, 2010, kosovarische Staatsangehörige, Brittnauerstrasse 12

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 35:0 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) zugestimmt.**

Die **Vorsitzende** gratuliert den Gesuchstellenden ganz herzlich zu ihren guten Resultaten, mit welchen sie in das Zofinger Gemeindebürgerrecht aufgenommen wurden, und wünscht ihnen alles Gute.

Art. 46

**GK 73**

**Kreisel Güterstrasse/Untere Grabenstrasse K104; Kreditbewilligung Gemeindeanteil**

Hr. **Marcel Murri**, Präsident der FGPK, hält fest, dass es sich beim Kreisel Güterstrasse/Untere Grabenstrasse vordergründig um ein einfaches Geschäft handelt. An der Sitzung der FGPK hat sich jedoch noch ein durchaus interessanter Punkt ergeben, welcher zu einer relativ lebhaften und spannenden Diskussion geführt hat.

Von der Ausführung her handelt es sich um einen „Standardkreisel“. Bereits beim Kreisel Oberer Stadteingang wurde diskutiert, was notwendig ist und was nicht. Dieser Kreisel gleicht jenem beim Oberen Stadteingang, welcher bereits ausgesteckt wurde. Insbesondere die Ausführung in Beton und die damit verbundenen Mehrkosten gegenüber einem Asphaltkreisel wurden damals besprochen und soweit akzeptiert, da der Unterhalt kleiner und die Lebensdauer des Kreisels länger sind. Hier lag nicht das Problem. Auch die übrigen Detailfragen konnten zufriedenstellend beantwortet werden.

Interessanter war der Hinweis auf die Zukunft der Unteren Grabenstrasse. Dahinter steht die Überlegung, dass es eigentlich nicht die Meinung ist, es solle zwei Hauptverkehrsachsen Nord – Süd geben. Die Wiggertalstrasse ist teilweise ausgebaut, aber noch nicht fertig gestellt. Die allfällige Neugestaltung der Unteren Grabenstrasse und des Bahnhofplatzes könnte in diesem Bereich durchaus zu einer Reduktion des Verkehrs führen. Von einem FGPK-Mitglied wurde eingebracht, ob dies nicht das Ziel sein müsste. Über diesen Punkt wurde ziemlich rege diskutiert. Es gab ganz verschiedene Gedankengänge, wie dies aussehen könnte, sowie Argumente dafür und dagegen. Letztendlich ging es um die Frage, ob es an diesem Standort überhaupt einen Kreisel braucht oder ob nicht eine einfachere Lösung möglich wäre. Man könnte Geld sparen und würde damit klar signalisieren, dass der Verkehr von der Unteren Grabenstrasse weg genommen werden soll.

Wie bereits erwähnt, war die Diskussion sehr angeregt und Marcel Murri kann bestimmt für alle FGPK-Mitglieder sprechen, dass durchaus gute Überlegungen angestellt wurden und man kurzfristig unsicher wurde. Überwogen hat letztlich der Gedanke, dass man sich mit einem Kreisel an diesem Standort und in dieser Form nichts verbaut. Es wurden Argumente vorgebracht, dass dieser Kreisel auch Verwendung finden würde, wenn der Verkehr reduziert würde. Der öffentliche Verkehr muss vermutlich auch in Zukunft dort ein- und ausfahren können. Es waren sich auch alle einig, dass es zu einer recht starken Verkehrszunahme als Konsequenz aus dem Bau der Unterführung Strengelbacherstrasse kommen wird.



Schlussendlich hat die FGPK an ihrer Sitzung vom 3. März 2011 über den stadträtlichen Antrag abgestimmt, wobei ein Kommissionsmitglied entschuldigt abwesend war. Die Kommission hat dem Gemeindeanteil von CHF 766'800.– mit 6:1 Stimmen, bei 1 Enthaltung, zugestimmt. Jene Person, welche sich der Stimme enthalten hatte, hat sich inzwischen entschieden und wird heute gegen den Kreisel stimmen.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

Gemäss Fr. **Irma Jordi** ist der Bau des Kreisels Güterstrasse/Untere Grabenstrasse ein weiteres Puzzleteil im Gesamtkonzept Unterführung Strengelbacherstrasse. Da die Strengelbacherstrasse bis zur Einfahrt Luzernerstrasse aufgehoben wird, muss logischerweise mit einem viel grösseren Verkehrsaufkommen über die Güterstrasse gerechnet werden. Der Fraktion Dynamische Mitte erscheint der Bau des Kreisels unumstritten. Dadurch kann nämlich ein optimaler Verkehrsfluss gewährleistet werden und die Durchfahrt Richtung General-Guisan-Strasse und Luzernerstrasse erfolgt quasi hindernisfrei. Was jedoch heftig zu diskutieren gab, war das weitere Vorgehen bei der gesamten Planung der Stadtumfahrung.

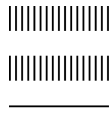
Wie man aus den Medien erfahren konnte, wird der Bahnhofplatz demnächst aufgewertet und die Untere Grabenstrasse den neuen Gegebenheiten angepasst. Was bedeutet dies konkret? Dazu hätte die Fraktion Dynamische Mitte gerne noch einige Antworten vom Stadtrat. Was passiert weiter mit der Kreuzung Hellmühleingang? Wird die Unterführung Henzmannstrasse für den Autoverkehr zugunsten der neuen Verkehrsführung via Unterführung Strengelbacherstrasse gesperrt? Und wie sieht die weitere Entwicklung der Unteren Vorstadt aus? Nach der Informationsveranstaltung hörte man eigentlich gar nichts mehr. Man hat den Eindruck, der Stadtrat habe sich von den erbosten Anwohnenden einschüchtern lassen und lasse erst einmal die Finger davon.

Ab und zu wäre es für die Einwohnerratsmitglieder von Vorteil, wenn sie ein bisschen mehr Informationen bezüglich Weiterentwicklung erhalten könnten – losgelöst von den aktuellen Vorlagen.

Hr. **Thomas Bühler** erklärt, dass diese Vorlage auch in der SVP-Fraktion diskutiert wurde und diese zum Entscheid kam, den vorliegenden Kredit zu unterstützen. Die Ausgangslage ist klar und das Verkehrsaufkommen wird nach dem Bau der Unterführung Strengelbacherstrasse bei diesem Knoten um einiges grösser sein. Ein anderes Verkehrsführungsmodell könnte dem nicht standhalten. Ebenfalls wird dieser Kreisel zwei Kantonsstrassen vereinigen. Zudem sind die Zufussgehenden besser geschützt, insbesondere diejenigen, welche die Untere Grabenstrasse überqueren wollen. Ebenso wird die Radwegverbindung auf der Unteren Grabenstrasse verbessert.

Die SVP-Fraktion macht den Stadtrat darauf aufmerksam, den Zeitplan für die Bauzeit zu optimieren, besonders die Abhängigkeiten der Belagsverstärkung Luzernerstrasse/Kreisel Oberer Stadteingang/Kreisel Güterstrasse sowie der Unterführung Strengelbacherstrasse. Wenn eingereichte und androhte Einsprachen Einfluss auf das Bauprogramm nehmen sowie Kreditbewilligungen des Kantons Verzögerungen hervorrufen, ist es der SVP-Fraktion ein Anliegen, die zeitlichen Abhängigkeiten zu optimieren.

Hr. **Michael Wacker** teilt einleitend mit, dass er das FGPK-Mitglied ist, welches seine Meinung geändert hat. In der SP-Fraktion wurde die Vorlage eingehend diskutiert und die Diskussion, welche in der FGPK angerissen wurde, weiter geführt. Dabei wurde sich die Fraktion jedoch nicht einig. Der linke Teil des Rats wird heute daher ein uneinheitliches Bild abgeben.



Worüber man sich hingegen einig wurde, ist, dass im Bereich der Zofinger Verkehrsplanung noch vieles unklar ist. Es gibt zahlreiche offene Fragen, auf welche man gerne eine Antwort hätte. Irma Jordi hat vorhin einige erwähnt und Michael Wacker erlaubt sich, noch weitere Gedanken aufzugreifen: Man muss sich überlegen, wo der motorisierte Verkehr auf der Nord-Süd-Achse in Zukunft fließen soll. Fährt dieser über die Aarburgerstrasse via General-Guisan-Strasse in die Luzernerstrasse oder kommt er über die Aarburgerstrasse via Untere Grabenstrasse in die Luzernerstrasse? Zudem hat man, sobald die Unterführung Strengelbacherstrasse offen ist, noch eine dritte Hauptachse, nämlich von der Wiggertalstrasse via Unterführung Strengelbacherstrasse in die Luzernerstrasse. Also drei Hauptachsen auf 300 Meter Luftlinie.

Was passiert im Bereich des Bahnhofs? Wie sehen die Randbedingungen des Wettbewerbs aus? Wer soll in Zukunft in diesem Gebiet durchfahren dürfen? Was ist andererseits, beispielsweise in der General-Guisan-Strasse, punkto motorisiertem Strassenverkehr angedacht? Dort befindet sich ein Schulweg. Das Thema Schulwegsicherheit gilt auch im Bereich des BZZ. Antworten hierzu fehlen.

Kann den Einwohnerratsmitgliedern heute Abend jemand sagen, wie die Verkehrsplanung in Zofingen aussieht? Dem Einwohnerrat werden Kreditvorlagen unterbreitet, welche er ablehnen oder annehmen kann. Eine konkrete Planung war bis jetzt jedoch noch nie zu sehen. Eine Diskussion findet nicht bzw. nur teilweise statt. So verwundert es eigentlich nicht, dass der SP in den Sinn kommt, man könnte um die Altstadt herum einen einzigen Kreislauf bauen oder andere Parteien auf die Idee kommen, entsprechende Motionen einzureichen.

Was steht denn beispielsweise im Kommunalen Gesamtplan Verkehr (KGV)? Ist es nicht so, dass man als Gemeinde einmal sagen sollte, was man will und was nicht? Tut man dies nämlich nicht, wird plötzlich von anderen gesagt, wo der Verkehr in Zofingen in Zukunft durchzufahren hat. Solche Fragen wurden in der SP-Fraktion diskutiert. Die Antworten musste sie sich zum Teil aus den Fingern saugen.

Klar wird nur, dass es zu diesem Thema viele verschiedene Ansichten gibt, jedermann ein eigenes Bild hat und eine eigene Lösung bringt. Heute muss der Einwohnerrat über einen Kreislauf befinden, den es vielleicht braucht oder auch nicht, und dies vielleicht nur für ein paar Jahre oder vielleicht auch für alle Ewigkeit. Möglicherweise könnte der Kreislauf anders ausgeführt werden, zum Beispiel als Asphaltkreislauf, wenn er nur eine Lebenserwartung von 5 Jahren hätte. So käme dieser CHF 200'000.- günstiger zu stehen.

Und worüber wird morgen diskutiert? Über Tempo 30 auf der General-Guisan-Strasse oder der Aarburgerstrasse, über einen Kreislauf beim Unteren Stadteingang, über ein Linksabbiegeverbot beim Hellmühleingang, über eine Nordeinfahrt beim Parkhaus oder über eine Begegnungszone beim Bahnhofplatz? Sagen kann dies offenbar niemand. So tritt man an Ort und Stelle anstatt eine konstruktive Diskussion führen zu können. Es kann doch nicht sein, dass man Zofingen von aussen nur noch als über Verkehrsprobleme diskutierende Stadt wahrnimmt und lediglich „Pflasterlipolitik“ betreibt. Dies bremst nicht nur die Stadt Zofingen aus, sondern auch Investoren und ansiedlungswillige Firmen, welche gerne wissen möchten, in welche Richtung es in Zukunft gehen soll.

Auch die SP-Fraktion möchte dies gerne wissen. Der Stadtrat und die Verkehrsplaner sollen doch bitte einmal mitteilen, was angedacht oder bereits geplant ist und eine Perspektive mit einer Gesamtverkehrsplanung für den rollenden und den ruhenden Verkehr aufzeigen – gerne auch über die Gemeindegrenze hinaus. Wird dies nicht allzu kompliziert gemacht, wird es eine entsprechend gute

Diskussion geben und es werden gute Inputs kommen. Wird allenfalls Kritik ausgesprochen, ist diese bestimmt konstruktiv. Das Resultat wäre eine von allen mitgetragene Verkehrs- und Zukunftsplanung.

Hr. **André Kirchhofer** ist es wichtig, im Namen der FDP gewisse Sachen genauer zu erläutern, obwohl bereits Vieles gesagt wurde. Die Position der FDP-Fraktion ist klar ein „Ja“ zum Kreisel, ein „Ja“ zu einem Bauwerk, welches gebraucht wird. Sie hat den Eindruck, es sei wichtig, die Leistungsfähigkeit an diesem Ort zu erhöhen, wenn die Unterführung Strengelbacherstrasse in Betrieb genommen wird. Es handelt sich um eine Konstruktion, welche die Sicherheit erhöht. Die Sicherheit der Radfahrenden und der Zufussgehenden. Die Zugänglichkeit der bestehenden Infrastrukturen, wie zum Beispiel des Busterminals und der Grabengärten, sind nach wie vor gewährleistet. In diesem Sinne ist die FDP-Fraktion einstimmig für dieses Projekt.

Im Vorfeld sind verschiedene Fragen aufgetaucht, was vorhin auch zu hören war. Die FDP-Fraktion hat diese selbstverständlich ebenfalls diskutiert. Erfreulicherweise sind die meisten Parteien für dieses Projekt. Andere monieren, man müsse bis zum Spittelhof hinaus weitere Projekte ins Auge fassen sowie die Stellung der Unteren Grabenstrasse eingehend prüfen. Ebenfalls genannt wurde die Wiggertalstrasse. Der Radius kann noch erweitert werden: Knoten Lanz, Rothrist, Strengelbach. Man hat in der Region lange genug Verkehrsprojekt vor sich hingeschoben. Es gab einen Investitionsstau und immer wieder wurde alles verzögert. Die FDP ist der Meinung, dass jetzt nicht zusätzlicher Handlungsdruck aufgebaut, sondern gehandelt werden soll. Das Bauwerk soll umgesetzt und verwirklicht werden. Paradebeispiel für eine längere Verzögerung ist die Wiggertalstrasse. Es ist wirklich an der Zeit, nicht nur zu reden, sondern auch zu handeln. 5-Jahres-Pläne braucht Zofingen nicht. Gesamtkonzepte gehören in Parteiprogramme, welche die Überwindung des Kapitalismus zum Ziel haben.

Ein weiteres Argument war, der Verkehr auf der Unteren Grabenstrasse müsse auf irgendeine Weise beruhigt werden. Die gleichen Kreise, welche die Altstadt möglichst verkehrsfrei gestalten möchten, wollen die Zufahrt ins Parkhaus erschweren. Die FDP-Fraktion sieht dies nicht ganz ein. Der Bahnhof ist ein Dienstleistungszentrum. Die Zufahrt zum Bahnhof, zur Post, zur Polizei, zum Gericht, zu den Läden und Restaurants muss ohne Behinderung möglich sein. Ein Kreisel ist absolut kein Präjudiz, dass an diesem Ort zu einem späteren Zeitpunkt nicht noch etwas unternommen werden kann. Die FDP sieht nicht ein, weshalb der Kreisel nicht gebaut werden soll. In diesem Sinne empfiehlt André Kirchhofer dem Einwohnerrat im Namen der FDP-Fraktion, mit einem überzeugten „Ja“ diesem Geschäft zuzustimmen.

Fr. **Yolanda Senn Ammann** wollte sich zuerst nicht äussern, weil sie diesem Vorhaben zustimmen wird. Aber ein Gesamtkonzept wäre eigentlich schon vonnöten. Sonst wird bei Vorlagen einfach ins Blaue abgestimmt. Vorhin ist das Wort Puzzle gefallen; wenn ihre Familie zu Hause Puzzles zusammensetzt, fällt es allen leichter, dieses anhand einer Vorlage fertig zu stellen, als ohne das Sujet zu kennen. Früher sprach man von „Salamitaktik“. Heute wird dies etwas schöner als „Puzzle“ bezeichnet. Sie schliesst sich den Wünschen von Irma Jordi und Michael Wacker an und fände es toll, wenn man ein bisschen besser wissen würde, in welche Richtung es in Zukunft gehen soll.

Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, nimmt sehr gerne zu den vielen verschiedenen Fragen Stellung. Er schickt voraus, dass der Kreisel Güterstrasse nicht alle Verkehrsprobleme der Stadt lösen wird. Er leistet aber einen grossen Beitrag dazu. Der Stadtrat hat bei den Projekten SBB-Unterführung Strengelbacherstrasse und Kreisel Oberer Stadteingang mehrmals erwähnt, dass der Knoten Güterstrasse in der heutigen Form den künftigen Verkehrsfluss nicht bewältigen kann.



Anhand einer Folie erläutert Stadtrat Rolf Moor die Strassenbauprojekte, welche sich in Planung befinden und nächstens auch realisiert werden: Anpassung und Ausbau Kreisel Henzmann, Neubau Kreisel Strengelbacherstrasse, Sanierung Niveauübergang SBB, Neubau Kreisel Güterstrasse, Neubau Kreisel Oberer Stadteingang, Teilausbau Luzernerstrasse mit Radstreifen und Verkehrssanierung Untere Vorstadt.

Die Hauptverkehrsachse wird am Tag X die Wiggertalstrasse sein. Wenn diese bis nach Rothrist ausgebaut ist, wird ein grosser Teil des Verkehrs darauf fahren. Auf der Achse zwischen den Knoten Güterstrasse und Untere Vorstadt befindet sich das wichtigste Gebäude der Stadt Zofingen, nämlich der Bahnhof, welcher jederzeit zugänglich sein muss, sei dies für den öffentlichen Verkehr, Radfahrende oder Automobilistinnen und Automobilisten.

Wie sieht die Verkehrszunahme in Zukunft aus? Von den Verkehrsingenieuren des Kantons werden laufend Modellrechnungen erstellt und diese ergeben folgende Resultate: Es wird mit einer Verkehrszunahme von ca. 1,5 % pro Jahr gerechnet. Das heisst, dass bis im Jahr 2025 mit einer Verkehrszunahme von ca. 20 bis 25 % gerechnet werden muss.

Wie sieht der Zeitplan aller Bauvorhaben aus? Nach jahrelanger Planung wurde im Jahr 2009 mit grosser Überzeugung der Kredit für die SBB-Unterführung Strengelbacherstrasse bewilligt. Man wusste aber schon seit Jahren, dass die Knotenpunkte Oberer Stadteingang sowie Güterstrasse ausgebaut werden müssen, damit bei der Eröffnung der Unterführung der Verkehrsfluss gewährleistet ist. Dies bedeutet, dass die beiden Kreisel heute bereits in Betrieb sein könnten. Vielleicht hat die Politik dies in der Vergangenheit bewusst möglichst lange hinausgezögert – aus welchen Gründen auch immer. Es hätte aber nicht sein müssen bzw. dürfen.

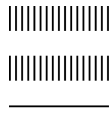
Man kann nicht immer nur planen, Visionen entwickeln, Abklärungen treffen, Messungen erstellen und diese mehrmals resp. jahrelang wiederholen. So erreicht man keine Ziele. Man muss auch den Mut haben, zu entscheiden und die Projekte auszuführen. Sinnvoll erscheint ebenfalls, dass beim Ausbau eines Projekts etappenweise vorgegangen werden kann.

Der Stadtrat will solche Engpässe, wie sie jetzt in der Ausführung bestehen, in Zukunft vermeiden. Es wird eine grosse bauliche und terminliche Herausforderung, alle Projekte in so kurzer Zeit ausführen zu müssen. Dies verlangt eine minutiöse, flexible und konstruktive Planung. Der Kanton, die Bauverwaltung sowie der Stadtrat werden sich Mühe geben und sich dieser Herausforderung stellen.

Zu den Terminen: Vorgesehener Baubeginn des Kreisels Oberer Stadteingang: Herbst 2011, vorgesehener Baubeginn des Kreisels Güterstrasse – sofern dieser heute Abend durch den Einwohnerrat bewilligt wird: 2012, geplanter Baubeginn der SBB-Unterführung Strengelbacherstrasse: 2. Hälfte 2012.

Im Projekt Teilausbau Luzernerstrasse mit Radstreifen ist die Erneuerung des Fertigbelags auf der ganzen Fahrbahn nicht enthalten. Somit muss für den Fertigbelag inkl. Lärmschutzmassnahmen ein neuer Kredit beantragt werden. Momentan ist man in Verhandlung mit dem Kanton betr. weiteres Vorgehen bei der Fertigstellung des jetzigen Projekts sowie Aufgleisung des neuen Projekts und betreffend der weiteren Termine. Sämtliche Angaben basieren auf einer Annahme gemäss heutigem Stand und erfolgen ohne Gewähr.

Wie sieht die Zofinger Verkehrsplanung und Verkehrsführung nach der Realisierung der Unterführung Strengelbacherstrasse aus? Der Einwohnerrat hat an seiner Sitzung vom 25. Oktober 2010 mit



der Zustimmung zum Budget 2011 einen Projektierungskredit von CHF 150'000.- für das Betriebs- und Gestaltungskonzept der Unteren Grabenstrasse K104 und die Aufwertung des Bahnhofplatzes bewilligt. Auslöser des Studienauftrags waren die Beratungen des Kommunalen Gesamtplans Verkehr (KGV) im Stadtrat. Der KGV ist im Entwurf bereinigt und wird nun zur kantonalen Beurteilung eingereicht. Die Ausschreibung des Studienauftrags bzw. Wettbewerbs erfolgt im Sommer 2011. Erste Auswertungen werden Ende 2011 erwartet. Das weitere Vorgehen, wie beispielsweise Kreditanträge oder die Einwohnerratsvorlage, ist für Ende 2012 vorgesehen. Die Realisierung sollte dann in den Jahren 2013 und 2014 erfolgen.

Die Untere Grabenstrasse vom Knoten Güterstrasse bis zum Knoten Untere Vorstadt weist heute folgende Defizite auf, welche gestützt auf den Studienauftrag beseitigt werden sollen: Der Bahnhof ist und wird weiterhin der Mittelpunkt auf dieser Achse sein, wo die Erreichbarkeit für Zufussgehende, Velos, Autos, Busse und Taxis jederzeit gewährleistet werden muss. Die Problematik der Kurzparkierenden vor dem Bahnhofgebäude, welche täglich einen Rückstau in die Kantonsstrasse verursachen, muss ebenfalls gelöst werden. Diesem Strassenabschnitt muss mit entsprechender Gestaltung, wie zum Beispiel der Beleuchtung und der sicheren Überquerung der Kantonsstrasse vom Bahnhof zur Altstadt, ein hoher Stellenwert eingeräumt werden. Es muss eine Gestaltung gefunden werden, welche dem Ortsbildschutz entspricht.

Dieses Projekt muss als Pflichtübung umgesetzt werden und darf nicht in ein Kürlaufen ausarten. Die finanziellen Mittel müssen den Bedürfnissen entsprechend eingesetzt werden. Es wird also ganz bestimmt keinen unterirdischen Busbahnhof geben.

Der Stadtrat hat sich seit längerer Zeit der Frage, es fehle eine Gesamtverkehrsplanung, angenommen. Das neue Baugesetz, welches seit 1. Januar 2010 in Kraft ist, sieht dafür das Instrument des Kommunalen Gesamtplans Verkehr (KGV) vor. Dieser erhebt nicht den Anspruch, für alle Verkehrsfragen entsprechende Lösungen anzubieten. Der KGV ist ein Mobilitätskonzept. Dieser zeigt eine Vielzahl von Massnahmen auf, welche zu ergreifen sind, wenn die strategische Ausrichtung in der Praxis verfolgt werden soll. Der KGV ist behördenverbindlich. Es ist aber zu berücksichtigen, dass mit der Zustimmung des Stadtrates zum KGV bzw. mit der Genehmigung durch den Kanton, noch keine Beschlüsse zu den einzelnen Massnahmen vorliegen. Letztlich muss jede einzelne Massnahme ein je nach der finanziellen Grössenordnung übliches Genehmigungsverfahren durchlaufen. Vom einfachen verwaltungsinternen Entscheid bei kleinen Veränderungen, über die korrekte Publikation – beispielsweise bei polizeilichen Massnahmen – bis zur Kreditvorlage an den Einwohnerrat bei grösseren, kostenintensiveren Projekten. Die Massnahmen sollten Schritt für Schritt umgesetzt werden, wobei auf eine zweckmässige Priorisierung zu achten ist. Nach der kantonalen Beurteilung wird es eine öffentliche Auflage geben. Der Terminplan sieht diese für den Herbst 2011 vor.

Fehlende Alternativen zum Kreisel Güterstrasse: Der heutige T-Anschluss kann nach Eröffnung der SBB-Unterführung Strengelbacherstrasse aus Gründen der Verkehrskapazität und Verkehrssicherheit nicht in der jetzigen Form belassen werden. Es wurden mehrere Lösungen geprüft:

Variante 1: Zustand heute, ohne Anpassung der Fahrbahnränder, mit Lichtsignalanlage;

Variante 2: Mit Rechtsabbiegespur, ohne Lichtsignalanlage;

Variante 3: Ohne Linkseinbiegespur für Individualverkehr, Linksabbiegespur nur für Zweiradverkehr;

Variante 4: Kreisel mit Durchmesser 26 Meter.

Nach intensiver Prüfung dieser Varianten zeigte sich, dass der Kreisel den verschiedenen Anliegen am besten gerecht wird, insbesondere verkehrsflusstechnisch, aber auch betr. Sicherheit für die Radfahrenden und Zufussgehenden.

Asphaltparkplatz anstatt Betonparkplatz? Der Kanton hat im Jahr 2010 entschieden, dass bei Projekten, bei welchen er selbst als Bauherr auftritt, nur noch Betonparkplatz erstellt werden. Dies aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen, da langfristig weniger Unterhaltsarbeiten anfallen und der Mehrpreis bei der Erstellung somit gerechtfertigt ist, was auf die Jahre gerechnet Kosteneinsparungen ergibt. Weitere technische Details will Stadtrat Rolf Moor nicht wiederholen, da er diese bereits an der letzten Einwohnerratssitzung bei der Beratung des Kreisels Oberer Stadteingang erläutert hat.

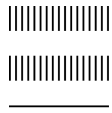
Schlussbemerkung: Wenn im Hochbau ein Gebäude erstellt wird, werden ebenfalls Planungen und Abklärungen ausgeführt. Im Hochbau wird dann der Rohbau, also das Grundgerippe eines Gebäudes, erstellt. Dies entspricht genau einem Strassenbauprojekt, wie zum Beispiel dem Kreisel Güterstrasse. In einer zweiten Phase kommt im Hochbau der Innenausbau, wo noch Möglichkeiten für Anpassungen und Änderungen bestehen, wie beispielsweise ein Farbwechsel der Wände oder technische Ergänzungen. In einem Strassenbauprojekt besteht in der Phase 2 ebenfalls die Möglichkeit, die Verkehrsführung oder die Geschwindigkeit anzupassen, wenn die Realität etwas anderes ergibt, als angenommen wurde.

Dies soll auch eine annähernde Antwort auf die einzelnen Fragen sein, auf welche Stadtrat Rolf Moor nicht speziell eingegangen ist. Er hofft, dass er dem Einwohnerrat mit diesen Zusatzinformationen einen Gesamtüberblick der Strassenbauprojekte der nächsten Jahre vermitteln konnte.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, nimmt gerne Stellung zum Projekt Untere Vorstadt sowie zum Informationsverhalten betr. Mobilität in der Region – dies auch als Präsident des Regionalverbandes: In der Region Zofingen erlebte man in den 70er-, 80er- und 90er-Jahre des letzten Jahrhunderts eine massive Zersiedlung. Es bestehen ganz wenige ÖV-Achsen, welche entsprechend bedient werden können. Was dazu führt, dass der motorisierte Individualverkehr im Vergleich zu anderen Regionen eine viel höhere Bedeutung hat. Dies kann nicht rückgängig gemacht werden und es muss entsprechend darauf reagiert werden.

Es müssen ganz klar Verdichtungsachsen im öffentlichen Verkehr definiert werden, welche dann effektiv verdichtet und entsprechend mit dem öffentlichen Verkehr bedient werden. Die Nord-Süd-Achse, welche bei Dagmersellen bzw. Reiden beginnt und bis nach Aarburg geht, ist eigentlich die einzige Achse, welche eine höhere Dichte aufweist. Eine Ost-West-Verbindung muss zuerst gesucht werden. Diese könnte in Uerkheim ihren Anfang nehmen und Richtung Strengelbach oder Vordemwald verlaufen. Die eigentlich benötigte Dichte wird noch nicht erreicht, weil diese auch am Rande dieser Achsen noch nicht vorhanden ist.

Im Moment sind Gespräche am Laufen und gerade letzte Woche wurde darüber diskutiert, das Raum- und Siedlungsentwicklungsmodul, welches von neun Gemeinden unterzeichnet wurde, noch durch weitere Gemeinden unterzeichnen zu lassen. Der Stadtammann musste in diesem Rahmen darauf hinweisen, dass es ganz wichtig ist, festzuhalten, in welche Richtung die ländlicheren Gemeinden um den inneren Ring herum ihre Entwicklungsmöglichkeiten sehen. Sehr viele Gemeinden können sich nämlich nicht festlegen. So erreicht man natürlich nie eine Dichte der ÖV-Achsen, welche rentabel betrieben werden kann. Dies bedeutet, dass die bestehenden Verkehrsinfrastrukturen für den motorisierten Individualverkehr, aber auch für den Langsamverkehr entsprechend ausgebaut werden müssen. Ganz offensichtlich wurde in der Phase der Zersiedlung im Zentrum zu wenig unternommen.



Der Stadtammann kann dem Einwohnerrat versichern, dass sowohl in der Region wie auch in der Stadt Zofingen ein Konzept vorhanden ist. Das eine Konzept wurde erst kürzlich von allen beteiligten Gemeinden verabschiedet. Dies im Zusammenhang mit dem Agglomerationsprogramm AareLand. Dabei handelt es sich um das Verkehrsgesamtkonzept Unteres Wiggertal. Im Moment kämpft man um die Realisierung der zweiten Etappe sowie die Planung der dritten Etappe der Wiggertalstrasse. Das Gesamtkonzept ist konsolidiert und weil dieses beim Bund eingereicht werden soll, nimmt es nicht nur auf den motorisierten Individualverkehr Rücksicht, sondern es musste auch ganz klar ein Mobilitäts-Management nachgewiesen werden. Dieses Konzept ist öffentlich zugänglich und war in der öffentlichen Vernehmlassung. Einige Privatpersonen haben sich dazu geäußert.

Beim Kommunalen Gesamtplan Verkehr (KGV) ist die Stadt Zofingen Pilotgemeinde. Man befindet sich jetzt in der Konsolidierungsphase und hat die ersten Echos des Kantons auf dieses Projekt, welches vom Stadtrat intensiv beraten wurde, erhalten. Nun müssen noch Korrekturen vorgenommen werden in einem Werk, welches ziemlich dick ist und eigentlich ein Massnahmenplan darstellt, welcher in den nächsten Jahren realisiert wird. Dies wird jedoch nicht auf einen Schlag erfolgen. Die Einzelmassnahmen müssen in ein Gesamtbild passen. Mit den Kreisel, welche um die Altstadt gebaut werden, nimmt man nichts vorweg. Es bestehen nach wie vor diverse Möglichkeiten, weil der KGV nicht zementiert ist. In der Region finden Entwicklungen statt und darauf muss man reagieren können. Man versucht, die regionalen Konzepte auf ein kommunales Konzept herabzuberechnen. Der Einwohnerrat sieht jedoch häufig nur die Einzelmassnahmen, welche ihm zur Bewilligung unterbreitet werden.

Der fehlende Informationsfluss wurde gerügt. Manchmal ist es jedoch schwierig, adäquat zu informieren. Mit der Ratspräsidentin wurde ursprünglich vereinbart, dass der Stadtammann an den Einwohnerratssitzungen regelmässig über verschiedene Projekte informiert – auch über solche, welche noch nicht ganz spruchreif sind. Dies führte in den Fraktionen zum Teil zu negativen Reaktionen.

Im Legislaturprogramm 2010/13 steht, der Stadtrat führe vermehrt Informationsveranstaltungen für interessierte Kreise durch. Aufgrund dessen werden nicht nur die Einwohnerratsmitglieder dazu eingeladen, sondern die gesamte Bevölkerung. In den letzten Jahren fanden viele solche Veranstaltungen statt. Dies soll auch in Zukunft so sein. Nun hat der Stadtrat jedoch die Rückmeldung erhalten, es sollen jeweils speziell für die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte Informationsveranstaltungen durchgeführt werden. Der Stadtrat ist froh um Feedbacks, aber diese müssen unbedingt klar und deutlich sein. Vorläufig hält der Stadtrat an den Informationsveranstaltungen fest, weil er dieses Modell als gut empfindet und alle Interessierten partizipieren können.

Nun zum Projekt Untere Vorstadt: Natürlich hat sich der Stadtrat auch von den geharnischten Reaktionen beeinflussen lassen. Aber nur deshalb, weil das Projekt noch in diesem Jahrzehnt fertig gestellt werden soll. Wenn Anwohnende etwas nicht wollen, können sie so lange Widerstand leisten, bis das Bundesgericht einen Entscheid gefällt hat. In der Regel dauert dies ungefähr 10 Jahre. Der Stadtrat möchte ein Modell wählen, welches auf Konsens beruht. Deshalb wird jetzt nach entsprechenden Lösungen gesucht. Der Stadtammann möchte nicht allzu viel versprechen, aber man sieht langsam wieder ein wenig Licht am Ende des Tunnels und hofft, den Durchbruch noch in diesem Jahr zu schaffen. Sollte es wider erwarten nicht gelingen, einen Konsens zu finden, muss der Weg über die Instanzen eingeschlagen werden.

Zum Projekt Aarburgerstrasse K104: Hier ist man einen Schritt weiter. Diese Woche findet eine Sitzung statt, bei welcher es um die konkrete Umsetzung der Massnahmen geht. Im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung wurde bereits zu einem früheren Zeitpunkt darüber informiert. Es ist vor-





gesehen, eine Massnahme nach der anderen umzusetzen. Eine Planung, welche weitergeführt und nochmals genauer geprüft wird, ist die Unterführung Aarburgerstrasse.

Der Stadtammann hofft, dass er den Einwohnerratsmitgliedern den Gesamtzusammenhang verständlich aufzeigen konnte.

Die **Ratspräsidentin** empfindet die erhaltenen Informationen als sehr wertvoll. Sie nimmt den Input des Stadtammanns betr. Informationsverhalten gerne auf und wird sich mit den Fraktionspräsidenten zusammensetzen, um festzulegen, wie die Informationspolitik künftig aussehen soll um ein solches Hickhack in Zukunft vermeiden zu können.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Detailberatung über die Vorlage.

## II Projekt und Ausführung

Fr. **Irma Jordi** hat eine Frage zu „4. Umweltbelange/Lärm“. Die Lärmsituation wird beobachtet und es werden Lärmmessungen durchgeführt. Liegt irgendeine Zahl vor, was es im schlimmsten Fall kosten würde, wenn alle Fenster bei den umliegenden Liegenschaften ersetzt werden müssten.

Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, erklärt, dass vor Baubeginn und bei Projektabschluss je eine Lärmmessung vorgenommen wird. Bestehen zwischen den beiden Messungen gewisse Differenzen, müssen Massnahmen – wie zum Beispiel der Einbau von besseren Fenstern – getroffen werden. Die Kosten sind schwierig abzuschätzen, aber im Kredit ist ein gewisser Prozentsatz eingerechnet, falls solche Probleme auftauchen sollten. Dies aufgrund der Erfahrung bei vergangenen Projekten.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die **Vorsitzende** lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Für die Realisierung des Kreisels Güterstrasse/Untere Grabenstrasse K104 und die Anpassungsarbeiten sei ein Gemeindeanteil von CHF 766'800.-, zuzüglich allfälliger Bauteuerung, zu bewilligen.

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 34:1 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) zugestimmt.**

## Sitzungspause

Art. 47

### GK 74

#### **Abwasserbeseitigung – Bewilligung eines Rahmenkredites 2011 für die Sanierung von Abwasserleitungen (Umsetzung GEP)**

Hr. **Marcel Murri**, Präsident der FGPK, erlaubt sich die Bemerkung, dass eine mittelfristige Planung nicht unbedingt wirtschaftsfeindlich ist. Im häuslichen Umgang mit den Mitteln sieht er – als ehemaliger Betriebsleiter – eine Mittelfristplanung als sehr vernünftig an. Zu erwähnen wäre in diesem Zusammenhang beispielsweise der KGV, welcher die Absichten als Ganzes aufzeigt, oder der vorliegende Rahmenkredit für die Sanierung von Abwasserleitungen.



Der Generelle Entwässerungsplan (GEP) ist diesbezüglich ein vorbildliches Instrument und der heute traktandierte Rahmenkredit ist Bestandteil des GEP. Man hat festgelegt in welcher Reihenfolge die Sanierung erfolgen soll und geschaut, wo Massnahmen nötig sind und die Prioritäten entsprechend gesetzt. An dieser Stelle der Dank an den Stadtrat und die Stadtverwaltung. Aufgrund einer solchen Planungsgrundlage ist es relativ einfach, einen Kredit zu prüfen und zu genehmigen.

Die FGPK hat nur kurz über dieses Geschäft diskutiert. Im Wesentlichen wurde eine Detailfrage gestellt, nämlich ob es nicht möglich wäre, Kosten einzusparen, wenn nicht nur einzelne kleine Abschnitte in einer Strasse saniert würden. Die klare Antwort darauf war, dass dies keine Rolle spielt. Die Kosten bleiben mehr oder weniger gleich, ob jetzt nun 50 oder 300 Laufmeter am Stück saniert werden, da keine grösseren Baustelleninstallationen notwendig sind und keine Grabenaufbrüche getätigt werden müssen. Dies dank der sogenannten Inliner-Technik bzw. weil man mit Robotern arbeitet. Deshalb konnte die FGPK an ihrer Sitzung vom 3. März 2011 diesem Rahmenkredit in der Höhe von CHF 682'000.- auch einstimmig zustimmen.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

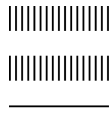
Gemäss Fr. **Irma Jordi** ist gegen die Sanierung von Abwasserleitungen grundsätzlich nichts einzuwenden, da dies dazu beiträgt, Reparaturen grösseren Ausmasses zu vermeiden. Die Arbeiten werden gemäss Prioritätenliste ausgeführt, nachdem das gesamte Leitungsnetz untersucht wurde. Die Fraktion Dynamische Mitte unterstützt den Antrag des Stadtrates und stellt mit Befriedigung fest, dass ursprünglich für das Jahr 2012 geplante Arbeiten offenbar bereits jetzt umgesetzt werden können und im Kostendach 2011 Platz finden.

Hr. **Markus Gfeller** teilt mit, dass die SVP-Fraktion den Unterhalt des Kanalisationsnetzes ebenfalls unterstützt. Die Massnahmen der Priorität 1 sollten so bis Ende Jahr bereits abgeschlossen sein. Die SVP liess sich die Inliner-Technik von ihrem Fachmann erklären. Offenbar spart man damit Kosten. Eine Frage ist in diesem Zusammenhang aufgetaucht und zwar bezüglich der Dauerhaftigkeit dieser Methode. Gibt es diesbezüglich Aussagen der Anbietenden oder bestehen allfällige Garantien? Kann der Stadtrat allenfalls etwas dazu sagen?

Hr. **Jakob Lang** hält fest, dass dieses Geschäft in der FDP-Fraktion unbestritten ist und diese einstimmig dafür ist.

Hr. **Benjamin Gut** freut sich sehr, ein erstes Mal vor dem Einwohnerrat sprechen zu dürfen. Umso erfreulicher ist für ihn, dass er von einer Vorlage berichten kann, welche in der SP-Fraktion mit einer breiten Zustimmung verabschiedet wurde. Das Geschäft GK 74 ist ein gründlich ausgearbeitetes Vorhaben, welches auf einem fundierten Massnahmenplan basiert. Es wird an einem Puzzle gearbeitet, welches ein Vorlagenbild besitzt. Die Umsetzung mittels Roboter und Inliner ist eine äusserst zeitgemässe Methode und die SP ist froh, dass sich die Stadt Zofingen die ökologisch und ökonomisch besten Mittel zunutze macht. So kann die SP-Fraktion dieser Vorlage im Interesse der Werterhaltung und der Funktionalität sowie aus Gründen des Umweltschutzes mit gutem Gewissen zustimmen.

Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, erklärt, dass die Inliner-Technik ein bewährtes System ist, welches sich in den letzten Jahren durchgesetzt hat. Bei gewissen Leitungsabschnitten können Kosten gespart werden. Von der Ausführung her sind dieselben Garantien gewährleistet wie beim Verlegen einer neuen Röhre. Es handelt sich also nicht um ein Billigprodukt. Diese Technik ist erprobt und dauerhaft.



Die Eintretensdebatte ist abgeschlossen. Nachdem sich alle Fraktionen einig sind, verzichtet die **Vorsitzende** darauf, die Vorlage abschnittsweise zu beraten. Wer noch Fragen zu den einzelnen Abschnitten hat, kann diese jetzt stellen.

Das Wort wird nicht verlangt. Die **Vorsitzende** lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Für die Sanierung von Abwasserleitungen (Umsetzung GEP 2011) sei ein Rahmenkredit von CHF 682'000.- (inkl. MWST), zuzüglich allfälliger Teuerung, zu bewilligen.

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 37:0 Stimmen zugestimmt.**

### **Parlamentarische Vorstösse**

Der Stadtrat hat dem Einwohnerrat die schriftlichen Antworten bzw. Stellungnahmen zu den sechs parlamentarischen Vorstössen rechtzeitig zukommen lassen. Die **Vorsitzende** hält einleitend fest, dass in letzter Zeit bei der Begründung von Interpellationen häufig bloss nochmals der Text vorgelesen wurde, welcher allen Einwohnerratsmitgliedern schriftlich vorliegt. Die mündliche Beantwortung des Stadtrates beinhaltete ebenfalls oftmals den schriftlich vorliegenden Antworttext. Sie möchte deshalb, dass dies nicht mehr so gehandhabt wird, was auch dem Geschäftsreglement des Einwohnerrates entspricht. Man kann zwar begründen, aber es müsste sich dann auch effektiv um eine Begründung handeln und diese darf nicht missbraucht werden, um zur Antwort des Stadtrates Stellung zu nehmen. Dies entspricht nämlich nicht dem Reglement. Jene, welche dies nachlesen möchten, können dies unter § 51 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates tun.

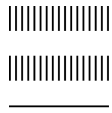
In Zukunft wird die Handhabung wie folgt sein: Entweder man hat eine wesentliche Ergänzung zur Begründung der Interpellation oder man lässt es sein. Die Kommentierung der stadträtlichen Antwort ist nicht Gegenstand der Begründung. Der Interpellant bzw. die Interpellantin hat zwei Möglichkeiten: Er oder sie kann sagen, ob er oder sie zufrieden oder nicht zufrieden ist mit der stadträtlichen Antwort. Möchte der Interpellant bzw. die Interpellantin mehr dazu sagen, kann er oder sie Diskussion verlangen. In diesem Falle muss die Mehrheit des Rats die Diskussion ebenfalls wünschen. Die Vorsitzende geht davon aus, dass sich alle an die Vorgaben halten werden – auch bei den folgenden Interpellationen.

### **Art. 48**

### **GK 56**

### **Interpellation von Dominik Gresch, Marco Arni und Renata Siegrist (alle glp/DYM) vom 13. September 2010 betr. Energiepolitisches Engagement der Energiestadt Zofingen (Begründung und Beantwortung)**

Hr. **Dominik Gresch** hält sich selbstverständlich an die Vorgaben, ohne die kapitale Einschränkung überwinden zu wollen. Er findet diese Begrenzung schade, da sie dem Aufwand des Stadtrates für die Beantwortung von Interpellationen unter Umständen nicht gerecht wird. Die Interpellanten sind mit der stadträtlichen Antwort nur bedingt zufrieden, weil sie sehr unverbindlich daherkommt. Sie warten die weiteren Schritte im Zusammenhang mit dem Re-Audit ab. Ein Antrag auf Diskussion wird nicht gestellt.



Art. 49

GK 57

**Motion der SVP-Fraktion vom 13. September 2010 betr. Fit for the mission: Eventualplanung Parkhaus Untere Vorstadt (Begründung und Beantwortung)**

Die Einwohnerratsmitglieder haben die Begründung der Motion sowie die Stellungnahme des Stadtrates erhalten und gelesen, dennoch möchte Hr. **Stefan Giezendanner** das Feld ganz kurz von hinten aufrollen – und zwar mit der Tagesaktualität. Am Samstag war im Zofinger Tagblatt der Fraktionsbericht der FDP zu lesen. Der Subtitel lautete „Parkierungsgsturm“. Darin spricht der Verfasser des Berichts an, dass man vom sogenannten „Parkierungsgsturm“ langsam genug hat. Stefan Giezendanner möchte darauf hinweisen, dass die Mitglieder der FDP-Fraktion die Motion der Fraktion Dynamische Mitte vor rund einem Jahr ebenfalls überwiesen haben und sie in der Zwischenzeit die Segel an einem anderen Ort, wo ein neuer Wind pfeift, aufgestellt haben. Deshalb ist er der Meinung, es sei nicht gerechtfertigt, dies als „Parkierungsgsturm“ abzutun.

Nichtsdestotrotz möchte er auf die Stellungnahme des Stadtrates eintreten, in welcher auf Seite 2 Folgendes steht: „Der Stadtrat verfolgt also teilweise das gleiche Ziel, wie es die Motion der SVP fordert.“ Anschliessend folgen einige Ausnahmen. Stefan Giezendanner hat einen Ist-Soll-Vergleich angestellt und dabei festgestellt, dass betr. Parkierungssystem und möglichen Eventualplanungen – sogenannte vorbehaltene Beschlüsse – der Stadtrat eine ähnliche, wenn nicht die gleiche Meinung wie die SVP vertritt. Was grundsätzlich sehr erfreulich ist. Ebenfalls erfreulich ist die klare Aussage, dass man auf die Aufhebung von Oberflächenparkplätzen – zumindest vorläufig – verzichten will. Somit wären die Motion der SVP-Fraktion und die Ansicht des Stadtrates im Grunde deckungsgleich.

Wo es die SVP doch ein wenig anders sieht, ist bei der Eventualplanung. Es soll nicht nur ein Grundentschluss gefällt und durchgesetzt werden, sondern es geht darum – und die Motion hätte dies bezwecken sollen – das Denken in Varianten zu fördern. Einmal auch etwas Unmögliches zu denken, wie beispielsweise eben nicht der Bau eines neuen Parkhauses, sondern vielmehr der Erwerb von Stockwerkeigentum. Der Stadtrat sollte gerade bei solchen Projekten in Varianten zu denken beginnen, mögliche Szenarien entwickeln und nicht nur eine Variante vorlegen. Stefan Giezendanner verweist hier auch auf zukünftige Budgetprozesse, bei welchen man im Stadtrat vielleicht eine Minimumvariante und eine Maximumvariante definieren bzw. eine Verzichtspannung ansprechen könnte.

In diesem Sinne bittet Stefan Giezendanner die Einwohnerratsmitglieder, dieser Motion Rechnung zu tragen und die SVP, welche an der Überweisung der Motion festhält, zu unterstützen.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, hat aus dem Votum von Stefan Giezendanner herausgehört, dass sogar noch eine dritte Gemeinsamkeit besteht. Auch der Stadtrat zieht die Möglichkeit, Stockwerkeigentum zu erwerben, in Erwägung. Dafür gibt es bei Kernstädten im Kanton Aargau sowie in der näheren Umgebung genug gute Beispiele. Der Plan bzw. das Vorhaben ist also wirklich deckungsgleich, aber aus Effizienzgründen ist eine andere Vorgehensweise geplant.

Für den Stadtrat ist unbestritten, dass beim Unteren Stadteingang eine hochkarätige Überbauung realisiert werden muss. Dies muss jedoch durch einen Investor erfolgen, da die Stadt Zofingen nicht selber als Investorin auftreten möchte. Die Parkiermöglichkeiten müssen in enger Zusammenarbeit mit dem Investitionsvorhaben geplant werden. Schlichtweg deshalb, weil dort auch hochstehende



Wohnungen und Räumlichkeiten angeboten werden sollen und auf die Bedürfnisse des konkreten Projekts muss eingegangen werden können.

Der Stadtrat wird sich rechtzeitig einschalten, da die Realisierung der Überbauung über einen Gestaltungsplan angestrebt wird, so dass sich die Stadt Zofingen genügend Parkplätze sichern kann. Man ist überzeugt, dass der zusätzliche Parkraum auch gebraucht wird, nämlich jene Anzahl Parkplätze, welche an der Oberfläche aufgehoben werden muss. Das sind alles Autos, welche sich dann schon mal nicht in der Altstadt befinden.

Der Stadtrat hat den Eindruck, es wäre verschwendetes Geld, wenn zum jetzigen Zeitpunkt irgendwelche Varianten geplant würden, weil er überzeugt ist, dass diese Planung dann in Angriff genommen wird, wenn das Bauprojekt konkreter wird. Der Stadtmann ist bereits seit mehreren Jahren an diesem Projekt beteiligt und dieses hat sich schon einige Male verändert. Mit einer Planung würde man also ziemlich sicher im Schilf stehen. Der Stadtrat wird aber ganz bestimmt darauf achten, in diesem Bereich zusätzlichen Parkraum gewinnen zu können.

Gemäss Hrn. **Marco Arni** zeigt der Titel „fit for the mission“, dass es sich um eine ganz besondere Motion handelt. Er persönlich ist der Meinung, dass diese Überschrift für eine Nato-Übung oder etwas Ähnliches stehen müsste, aber nicht für eine Parkhaus-Motion. Beim Lesen der Motion hat er gemerkt, dass es sich eigentlich um ein trojanisches Pferd handelt. Aussen sieht es aus wie ein wunderbares Geschenk und innen steckt eine böse Überraschung. Die Mission verspricht etwas anderes, als sie im Kern eigentlich will.

Was will die Motion überhaupt bezwecken? Sie will das Thutplatz-Parking sowie eine Verlagerung der Altstadtflächenparkplätze in dieses Parking verhindern und vor allem die Motion der Fraktion Dynamische Mitte, welche bereits überwiesen wurde, unterbinden. Marco Arni ist der Ansicht, dass dies bereits aussagt, wie sich die Fraktion Dynamische Mitte zu dieser Motion stellen wird; sie wird einstimmig dagegen votieren.

Fr. **Claudia Hauri** hält fest, dass die FDP-Fraktion der Meinung ist, jetzt sei nicht der richtige Zeitpunkt, um zu prüfen, ob sich das Überbauungsprojekt „Untere Vorstadt“ als Standort für zusätzlichen Parkraum eignet. Dies soll im Rahmen des Gesamtkonzepts erarbeitet werden. Die FDP-Fraktion wird die Überweisung der Motion deshalb nicht unterstützen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, lässt die **Vorsitzende** über die Überweisung der Motion abstimmen:

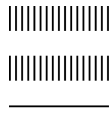
**Die Überweisung der Motion wird mit 27:10 Stimmen abgelehnt.**

Art. 50

**GK 66**

**Postulat der SP-Fraktion vom 25. Oktober 2010 betr. faire Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen in der Stadt Zofingen (Begründung und Beantwortung)**

Fr. **Viviane Hösli** erklärt, dass, nachdem die SP-Fraktion in der Umfrage vom 13. September 2010 auf die Frage nach fairer Beschaffung in der Stadt Zofingen eine eher lapidare Antwort des Stadtrates erhalten hat, sie von der grundsätzlich positiven Stellungnahme zum Postulat überrascht ist. Die



SP ist erfreut, dass in Zofingen die zuständigen Stellen informiert und sensibilisiert werden sollen. Für sie stellt sich aber die Frage, weshalb der Stadtrat, trotz der eigentlichen Zustimmung, die Überweisung des Postulats ablehnt. Die Stellungnahme des Stadtrates beinhaltet Gründe, auf welche Viviane Hösli gerne eingehen möchte.

Der Stadtrat befürchtet eine Überreglementierung und das Risiko, dass die Richtlinien, trotz der Vorgaben bei der Auftragsvergabe, nicht eingehalten werden. Eine Kontrolle würde übermässige Ressourcen verbrauchen. Aus Sicht der SP-Fraktion ist es allerdings nicht die Stadt Zofingen, welche die Einhaltung kontrollieren muss, sondern die beauftragte Firma. Diese bestätigt mit ihrer Unterschrift die Durchführung des Auftrags nach den vereinbarten Regelungen. Sonst begeht sie schlicht und einfach Vertragsbruch.

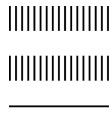
Will oder kann eine Firma nicht unterschreiben, dass sie sowohl die nationale Gesetzgebung wie auch die internationalen Minimalstandards zum Arbeitnehmerschutz einhalten kann, sollte die Stadt keine Geschäfte mit ihr machen. Je mehr Gemeinden sich für die Einhaltung der Richtlinien gemäss Internationaler Arbeitsorganisation (IAO) einsetzen, desto mehr Anbietende von fair hergestellten Produkten wird es geben und umso weniger Menschen auf der Welt müssen unter grausamen Bedingungen arbeiten.

Der Einwohnerrat kann heute Abend ein Zeichen setzen und zeigen, für welche Welt er sich einsetzen möchte. Es ist nicht möglich, nur ein bisschen gegen Kinderarbeit, Hungerlöhne oder menschenverachtende Arbeitsbedingungen zu sein. Deshalb bittet Viviane Hösli ihre Einwohnerratskolleginnen und -kollegen, sich ein Herz zu fassen und der Überweisung zuzustimmen, damit die Welt ein wenig gerechter wird. Die SP-Fraktion wünscht die Überweisung des Postulats.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, hat keine zusätzlichen Argumente. Der Stadtrat konnte darlegen, dass er diesen Grundsätzen eigentlich nachleben möchte, diese aber teilweise übertrieben findet, weil es schlussendlich nicht nur darum geht, die Unterschrift einer Firma zu kontrollieren. Der Stadtrat geht jedenfalls davon aus, dass er auf diese Weise nicht die erwünschten Garantien erhält. Er möchte, dass dies vor allem in den Köpfen der Mitarbeitenden verankert ist und hat nach wie vor Angst vor einer Überregulierung. Diese Besorgnis bleibt auch nach dem Votum von Viviane Hösli bestehen. Der Stadtrat wünscht sich, dass das Postulat nicht überwiesen wird.

Fr. **Renata Siegrist** teilt mit, dass die Fraktion Dynamische Mitte den Entscheid des Stadtrates, bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen nicht verbindlichere Vertragsbedingungen schaffen zu wollen, bedauert. Im Wissen, dass die Umsetzung aufwändig und die Nachvollziehbarkeit der Herstellung bei gewissen Produkten schwierig ist, befürwortet die Fraktion Dynamische Mitte das Anliegen der SP-Fraktion. Als Gemeinde wäre dies eine hervorragende Gelegenheit in einer Vorreiterrolle zu wirken und die Bevölkerung in Bezug auf eine sozialverträgliche, ökologische und wirtschaftlich nachhaltige Konsumhaltung zu sensibilisieren.

Es gilt nicht nur der Grundsatz „wer zahlt, befiehlt“, sondern auch „wer zahlt, kann steuern“. In der Hoffnung, dass auf das Versprechen in der Stellungnahme, dem Anliegen im Bereich Beschaffungswesen der Stadt vermehrt Rechnung zu tragen und sich dafür einzusetzen, Taten folgen werden, ist die Fraktion Dynamische Mitte ausserdem der Meinung, dass ein sozialverträgliches, mit ökologischen Prinzipien ausgestattetes Beschaffungswesen ein Gütesiegel erster Klasse ist für eine Gemeinde. Es macht aber einen Unterschied, ob man dies im stillen Kämmerlein macht oder sich öffentlich dazu bekennt und dafür einsetzt. Die Fraktion Dynamische Mitte ist eindeutig für die Überweisung des Postulats.



Fr. **Yolanda Senn Ammann** schliesst sich den Worten von Renata Siegrist an. Sie glaubt nämlich nicht ganz, dass, nur weil dies so auf dem Papier steht, dies auch so umgesetzt wird. Heute haben die Einwohnerratsmitglieder einen schönen Kugelschreiber erhalten und sie ist sich nicht ganz sicher, ob dieser nicht aus China stammt. Yolanda Senn Ammann ist ebenfalls für die Überweisung des Postulats.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die **Vorsitzende** lässt über die Überweisung des Postulats abstimmen:

**Der Überweisung des Postulats wird mit 20:17 Stimmen zugestimmt.**

Art. 51

**GK 67**

**Interpellation von Robert Weishaupt (CVP/DYM) und Mitunterzeichnende vom 29. November 2010 betr. Plan Lumière (Begründung und Beantwortung)**

Hr. **Robert Weishaupt** dankt dem Stadtrat für die umfassende Antwort auf seine fünf Fragen rund um das Thema Licht. Mit der Beantwortung ist er insofern zufrieden als sie ehrlich und transparent ist. Aus der Antwort entnimmt er aber, dass man in Sachen Beleuchtung des öffentlichen Raums zum Teil sehr weit entfernt ist von den neusten Erkenntnissen.

Vielleicht stellen sich jetzt einige die Frage, weshalb er nicht gleich eine Motion nachreicht. Diese liegt bereits bei ihm in der Schublade und er wird mit Argusaugen beobachten, was der Stadtrat in Zukunft in Sachen Licht unternehmen wird.

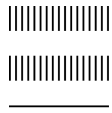
Robert Weishaupt verlangt keine Diskussion, aber jene, welche Lust haben, können im Anschluss an die Einwohnerratssitzung mit ihm einen Rundgang durch die Altstadt machen. Er wird den Interessierten gerne die grössten No-Go's der Stadt aufzeigen.

Art. 52

**GK 68**

**Interpellation der SP-Fraktion vom 29. November 2010 betr. Aktualität und Archiv der Website der Stadt Zofingen (Begründung und Beantwortung)**

Hr. **Michael Wacker** erklärt, dass der Ursprung dieser Interpellation nicht ganz uneigennützig ist. Er hat beim Recherchieren bereits einige Male festgestellt, dass man ansteht, wenn man im Internet etwas über Zofingen sucht, das länger zurück liegt. Vermutlich geht es nicht nur ihm so, sondern auch den Vertreterinnen und Vertretern der Presse. Mit der Antwort sind die Interpellanten und Interpellantinnen hingegen zufrieden.



Art. 53

**GK 69**

**Postulat der Fraktion Dynamische Mitte vom 29. November 2010 betr. geregelte Plakatierung in der Altstadt dank öffentlichen Plakatstellen (Begründung und Beantwortung)**

Aarau, Baden, Lenzburg und Wettingen sind allesamt keine unbekanntenen Gemeinden und sie sind auch nicht dafür bekannt, unabhängig voneinander sinnlose Massnahmen zu ergreifen. Diese Liste könnte gemäss Hrn. **Marco Arni** noch beliebig mit Städten und Gemeinden aus der ganzen Schweiz erweitert werden, welche vor Wahlen und Abstimmungen Plakatplätze auf öffentlichem Boden zur Verfügung stellen.

Er hat zwar nicht mit so vielen Gemeinden Rücksprache gehalten wie die Stadtverwaltung – und möchte sich an dieser Stelle für die umfassenden Recherchen durch die Bauverwaltung bedanken – aber eines ist ihm bei seinen Nachforschungen klar geworden: Jene Gemeinden, welche solche öffentlichen Plakatstellen anbieten, wollen sie nicht mehr hergeben, finden sie gut und nützlich. Weshalb? Tatsache ist, dass die wilde Plakatierung damit nicht gänzlich verhindert wird, aber es gibt insgesamt weniger Plakatierungsprobleme. Vor allem in sensiblen Kernzonen. Die Bevölkerung wiederum schätzt die organisierte Informationsmöglichkeit und die Parteien begrüssen die Chance, an einem zentralen Ort nebeneinander Werbung machen zu können. Es handelt sich also um eine „Win-Win-Situation“.

Dass öffentliche Plakatierungsmöglichkeiten etwas bringen, bestreitet der Stadtrat an sich nicht. Er führt sogar selber ein Beispiel an: Nämlich die öffentlichen Plakatstellen für Klein- und Veranstaltungsplakate, welche die Stadt Zofingen so kennt. Was für das Kleine gilt, gilt doch auch für das Grosse, nämlich für Wahlplakate im Weltformat.

Gänzlich einverstanden ist Marco Arni hingegen mit der Aussage, dass es keine Kernaufgabe der Stadt ist, solche Plakatstellen zur Verfügung zu stellen. Es ist auch keine Kernaufgabe der Stadt, diese zu bezahlen. Aber davon spricht das Postulat gar nicht, wenn man dieses genau liest. Es ist durchaus möglich, Modelle zu finden, bei welchen die Plakatplätze den Parteien gegen eine Kostenbeteiligung überlassen werden. Die Stadt muss daran interessiert sein, dass die wilde Politplakatierung nicht aus dem Ruder läuft, und Verbote sind aus Sicht der Fraktion Dynamische Mitte die schlechtere Lösung.

Ebenso hat die Stadt ein gewisses Interesse, dass ihre Stimmbürgerinnen und -bürger die notwendigen Informationen vor Wahlen und Abstimmungen erhalten und zwar auf effiziente und platzsparende Weise. Wäre dies nicht der Fall, dürfte man bei Wahlen beispielsweise auch keine Zusammenstellung der Kandidierenden oder Wahlflyer dem Versand beilegen. Dieser wird übrigens nicht durch den Staat, sondern durch die beteiligten Parteien bezahlt. Der Staat organisiert ihn jedoch.

Aus demokratie-politischer Sicht gibt es nach Ansicht der Fraktion Dynamische Mitte genügend Gründe, das Postulat zu überweisen. Alle Einwohnerratsmitglieder sind Teil dieses politischen Systems und tragen die Verantwortung, dass der politische Wettbewerb auch in Zofingen in guten Bahnen stattfindet. Alle können etwas dazu beitragen, den Bürgerinnen und Bürgern einen demokratiewürdigen Wahlkampf zu präsentieren. Die Stadt kann sie dabei unterstützen.

Das Postulat kann oder soll sogar der Start in einen Dialog zwischen den Parteien und der Stadt über die Möglichkeiten und Grenzen des Wahlkampfes in Zofingen sein. Ein „Ja“ des Einwohnerrates





hier und heute wäre ein Bekenntnis zu einem Wahlkampf mit gemeinsamen Spielregeln. Marco Arni hofft, dass alle im Saal dafür bereit sind.

Hr. **Hans-Martin Plüss**, Stadtrat, hält fest, dass der Stadtrat ganz klar keine Einwände gegen eine gute Information sowie Förderung der Demokratie hat, wenn es um Wahlen in Zofingen geht. Wie sich die Wildplakatierung in besagten Gemeinden entwickelt hätte, wenn keine zentralen Plakatstellen zur Verfügung gestellt worden wären, kann hier und jetzt nicht nachvollzogen werden. Dies würde eine Probe aufs Exempel benötigen. Was ein Modell mit Kostenbeteiligung der Parteien betrifft, ist er persönlich eher skeptisch, wenn man bedenkt, was solche Kostenbeteiligungen für Diskussionen auslösen können. Man hat versucht, die Kosten für die Anschaffung und Bewirtschaftung der Plakatstellen transparent aufzuzeigen und es muss davon ausgegangen werden, dass diese Kosten bei der Stadt hängen bleiben würden.

Hr. **Stefan Giezendanner** glaubt, dass Marco Arni vor lauter reden vergessen hat, was in seinem Parteiprogramm steht. Er möchte auf das Stichwort „liberal“ hinweisen. Nach Auffassung der SVP-Fraktion ist dies alles andere als liberal, sondern sehr eingeschränkt.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die **Vorsitzende** lässt über die Überweisung des Postulats abstimmen:

**Die Überweisung des Postulats wird mit 26:10 Stimmen (bei 1 Enthaltung) abgelehnt.**

Art. 54

GK 75

**Dringliche Interpellation der Fraktion Dynamische Mitte vom 21. März 2011 betr. „Im Stadtsaal ist der Wurm drin“ (Begründung und Beantwortung)**

Die **Vorsitzende** hält einleitend fest, dass es zuerst nur um die Begründung der Dringlicherklärung der Interpellation geht und nicht um die Begründung der eigentlichen Interpellation. Sie bittet die Interpellantin, zu begründen, weshalb die Interpellation heute Abend für dringlich erklärt werden soll.

Fr. **Irma Jordi** erklärt, dass die Interpellation aus einem ganz einfachen Grund für dringlich erklärt werden soll: Beim Stadtsaal ist wirklich der Wurm drin und sehr viele Veranstaltende sind äusserst unzufrieden mit dem, was dort abgeht. Die Veranstaltenden sind bereits dabei, die Herbst-/Winterprogramme zusammenzustellen und sie überlegen sich wirklich, ob sie diese überhaupt noch im Stadtsaal durchführen wollen und nicht irgendwo auswärts. Nachfolgend einige Beispiele:

Der Kantichor Zofingen führt seine Konzerte in Oftringen durch, der Bez-Chor Zofingen führt seine Musikaufführungen in Reiden durch, die Kinderfasnacht findet im Römerbad statt, die Musik- und Theaterkommission beklagt sich über unterbezahlte Extraleistungen, der Jazzclub bleibt diesen Herbst noch im Stadtsaal, aber danach ist der Veranstaltungsort offen, das Tanzstudio Linder, Zofingen, ist unter diesen Voraussetzungen nicht mehr in der Lage, seine Anlässe im Stadtsaal durchzuführen und überlegt sich, nach Reiden auszuwandern. Nach Angaben einer Mitorganisatorin wurde das Bankissimo – ein grosser, auch über die Region hinaus bekannter Anlass – aus verschiedenen Gründen nicht mehr durchgeführt; ein Grund sind die hohen Stadtsaalgebühren. Die Feuerwehr



muss an ihrem Schlusssessen für den gesponserten Wein neuerdings sogar ein Zapfengeld bezahlen. Das Erbsenzählen nimmt scheinbar kein Ende.

Der Hund ist folgendermassen begraben: Im Jahr 2009 wurde das alte Gebührenreglement durch die neue Stadtsaalleiterin, Frau Bettina Bernhard, knallhart nach Vorgaben durchgesetzt. Ihr gebührt ein grosses Lob, sie hat dies super umgesetzt. Offensichtlich führte dies bereits zu höheren Einnahmen. Im Jahr 2010 wurde dann das neue Gebührenreglement etabliert. Die Veranstaltenden sahen sich innert kürzester Zeit – zweimal innerhalb von 1 ½ Jahren – mit einer massiven Preiserhöhung konfrontiert. Irma Jordi ist der Meinung, dass hier zu wenig subtil vorgegangen wurde. Die Leute fühlen sich hintergangen und abgezockt. In Anbetracht der Vorbereitungen für den nächsten Herbst und Winter müsste die Interpellation heute Abend für dringlich erklärt werden.

Die **Ratspräsidentin** eröffnet die Diskussion über die Dringlichkeit.

Das Wort wird nicht verlangt; die **Vorsitzende** lässt über die Dringlichkeit abstimmen:

**Die Interpellation wird mit 22:12 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) als dringlich erklärt.**

Fr. **Irma Jordi** hat keine Bemerkungen zur Begründung der Interpellation, es wurde bereits alles gesagt. Sie ist gespannt auf die Antworten von Stadtmann Hans-Ruedi Hottiger.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtmann, hält fest, dass der Stadtrat zur Einleitung seiner Antworten auf die Interpellation einige Bemerkungen zu zwei grundsätzlichen Themenbereichen anbringen möchte:

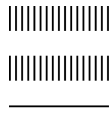
### 1. Tarifordnung Stadtsaal

Die konsequente Anwendung der Gebührenordnung im Stadtsaal und die Verbesserung des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses wurden in den letzten Jahren mehrmals von der FGPK und von Mitgliedern des Einwohnerrates verlangt. Diese konsequente Anwendung des Reglements ist auch die Ursache für die Steigerung der Kosten bei der Nutzung des Stadtsaals. Der Stadtrat hat mit den Veränderungen im Stadtsaal – neue Betriebsleitung, neue Gebührenordnung – also auf Empfehlungen von Einwohnerrat und FGPK reagiert.

Bereits im Erläuterungsbericht der FGPK zur Rechnung 2008 schreibt das Prüfteam Wacker/Weishaupt: „Offenbar wurde der Stadtsaal während Jahren von der Bauverwaltung an der langen Leine geführt. Funktioniert hat dies insbesondere bei der Kundenzufriedenheit sehr gut. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht hingegen war das Resultat weniger gut.“ ( ) „Ebenso fragwürdig war die Tarifstruktur, welche ohne die nötigen Kompetenzen abgeändert wurde.“ Und zum Schluss: „Besonders die Rentabilität muss unseres Erachtens gesteigert werden ohne aber die Preise anzuheben.“

Bei der politischen Prüfung der Rechnung 2009 hielt das Team Giezendanner/Weishaupt fest: „Im Stadtsaal herrschte offensichtlich bis zum Stellenantritt von Frau Bernhard ein Tarifsysteem, welches vom damaligen Betriebschef eigenmächtig gehandhabt wurde. Weshalb wurde dies nie beanstandet?“ Und in der Prüfungszusammenfassung: „Durch die Anwendung des bestehenden Betriebsreglements wurden die Einnahmen um CHF 30'000.– (pro Jahr) erhöht.“

Bei der Besprechung der Rechnungsabschlüsse der letzten Jahre rügten zudem verschiedene Fraktionssprecherinnen und -sprecher im Zusammenhang mit dem Ergebnis des Stadtsaals das hohe Defizit.



Der grosse Sprung bei den Kosten für die Nutzung des Stadtsaals erfolgte in der Tat nicht bei der Einführung des neuen, sondern bei der konsequenten Anwendung des bestehenden Gebührenreglements. Die Nutzerkommission Stadtsaal analysierte die Situation, rapportierte an den Stadtrat, und dieser gab der neuen Betriebsleitung den Auftrag, das bestehende Gebührenreglement konsequent anzuwenden. Dadurch ergaben sich für viele Stadtsaal-Nutzende höhere Kosten. Dies darum, weil früher viele bezogene Leistungen nicht gemäss der Tarifordnung verrechnet worden sind. Dazu mussten auch einige Positionen – so vor allem die verrechneten Stundensätze für das Stadtsaal-Personal – angepasst werden.

Das ab 1. September 2010 geltende Gebührenreglement bedeutete für alle Nutzenden eine Umstellung, vor allem auch in Bezug auf die Benützung des Stadtsaals zu Probezwecken und auf den Einsatz des Personals. Auf diese neue Situation konnten sich die Veranstaltenden sehr unterschiedlich einstellen. Der Stadtrat versteht, dass diese Umstellung Mühe bereiten kann. Grundsätzlich werden die Zofinger Vereine aber nach wie vor begünstigt behandelt, indem ihnen einmal pro Jahr der Saal gratis zur Verfügung steht. Bei der Erarbeitung des neuen Gebührenreglements stellte der Stadtrat zudem Vergleiche mit den Gebühren von ähnlichen Sälen an (KUK Aarau, Stadttheater Olten usw.). Der neue Tarif für den Stadtsaal wurde durchwegs im vergleichbaren Rahmen bzw. eher etwas günstiger angesetzt.

Der Stadtrat ist nicht der Meinung, dass im Stadtsaal „der Wurm drin ist“. Er sieht den Stadtsaal im Gegenteil auf gutem Wege. Die im Herbst 2010 bei den Nutzenden durchgeführte Kunden-Umfrage zeigt, dass die Kundschaft grossmehrheitlich zufrieden ist. Die Buchungslage des Stadtsaals für die Jahre 2011 und 2012 sieht gut aus.

Der Stadtammann will aber nicht dementieren, dass jene Beispiele, welche vorhin von Irma Jordi aufgezählt wurden, sich diese Gedanken machen und mit den neuen Tarifen Schwierigkeiten haben.

## **2. Musik- und Theaterkommission (MTK)**

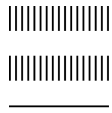
Der Stadtrat versteht die zitierte Reklamation der Musik- und Theaterkommission nicht, sie habe die „... Inanspruchnahme von Einrichtungen im Stadtsaal gesondert begleichen müssen“. Hier wird der Anschein erweckt, die MTK habe für diese Kosten aus ihrem Budget aufkommen müssen. Es handelt sich dabei jedoch um interne Verrechnungen – Belastung im generellen Kulturbudget und Gutschrift beim Stadtsaal – welche das separate Budget der MTK in keiner Weise belasteten.

Die Stadt finanziert das Abo-Theater im Stadtsaal mit einer jährlichen Pauschale von CHF 50'000.– mit. Davon gehen rund CHF 23'000.– an das Sekretariat der MTK, an die Gestaltung des Spielplans sowie an die Spesen für das Sekretariat und das Präsidium. Der Rest des städtischen Beitrags, mit Sponsoring- sowie Ticketeinnahmen, steht für die eigentlichen Veranstaltungskosten (Honorare) zur Verfügung. Die Stadtsaal-Infrastruktur und die Leistungen des Stadtsaal-Teams werden unabhängig davon intern verrechnet.

Der Stadtammann kommt nun zur Beantwortung der konkreten Fragen:

### **Welche Absichten verfolgt der Stadtrat mit dem Stadtsaal in Bezug auf Kultur und Veranstaltungen?**

Dem Stadtsaal kommt eine zentrale Bedeutung im kulturellen und gesellschaftlichen Leben der Stadt zu. Er soll weiterhin Drehscheibe des kulturellen Lebens in der Region Zofingen sein. Dieser Absicht wird insofern Rechnung getragen, als einheimische Vereine und Institutionen den Saal einmal pro Jahr ohne Entrichtung der eigentlichen Saalmiete benützen dürfen. Zu bezahlen sind in die-



sem Modell allerdings die Personal- und Nebenkosten sowie die benötigte technische oder gastronomische Saalinfrastuktur.

**Welche Absichten verfolgt er mit dem Stadtsaal in Bezug auf strategische Ausrichtung und Vermarktung?**

Grundsätzlich sollen im Stadtsaal sehr unterschiedliche Anlässe (politische und religiöse Veranstaltungen, Seminare, Bankette, Theater, Konzerte u. a.) durch verschiedene Veranstaltende (Firmen, Vereine, Eventorganisatoren, Kirchgemeinden usw.) durchgeführt werden können. Der Stadtrat schafft im Stadtsaal Rahmenbedingungen, um den Ansprüchen der verschiedenen Nutzenden gerecht zu werden, ihnen einen individuellen Leistungsbezug zu ermöglichen und Kostentransparenz zu erreichen. Die Betriebsleitung ist dafür besorgt, jedem und jeder Veranstaltenden die für seinen Anlass bestmögliche Dienstleistung und Beratung zu bieten. Dies gilt insbesondere auch für die einheimischen Vereine, Firmen und Institutionen.

„Auf der strategischen Ebene muss der Stadtrat Vorgaben machen, in welcher Liga Zofingen künftig spielen will“, hat die damalige FGPK-Präsidentin Patricia Kettner im Erläuterungsbericht zur Rechnung 2008 in Bezug auf die Zukunft des Stadtsaalbetriebs geschrieben. Der Stadtrat glaubt, erste Weichen im Hinblick auf eine klare Positionierung des Stadtsaalbetriebs gestellt zu haben. Dazu hat er das Stadtmarketing mit der Ausarbeitung eines Marketingkonzepts für den Stadtsaal beauftragt. Dieses Papier liegt im Entwurf vor, ist aber vom Stadtrat noch nicht verabschiedet. Durch die Verabschiedung des Marketingkonzepts durch den Stadtrat soll die Positionierung des Stadtsaals weiter konkretisiert werden. Mit einer noch intensiveren Vermarktung soll zudem erreicht werden, dass der Stadtsaal, angesichts der zentralen Lage und der guten Erreichbarkeit von Zofingen – insbesondere auch mit dem öffentlichen Verkehr – noch vermehrt für regionale, überregionale und nationale Institutionen, Firmen usw. ein beliebter Ort für Tagungen, Firmenanlässe etc. wird.

**Ist er nicht auch der Meinung, dass eine Stadt wie Zofingen mit dem Stadtsaal und anderen Einrichtungen Dienstleistungen zu Gunsten der lokalen Bevölkerung erbringen sollte, ohne dass dafür neben den Gemeindesteuern noch hohe Gebühren zu bezahlen sind?**

Mit den ordentlichen Steuern werden unter anderem die Infrastruktur, die Verwaltung, Schulen etc. – also eigentliche Staatsausgaben – finanziert. Dabei ist es nicht wesentlich, ob man diese Leistungen auch effektiv bezieht. Kinderlose zahlen zum Beispiel auch an die Schulbildung. Ein Anspruch auf individuelle Gegenleistungen des Staates resultiert daraus für den einzelnen Steuerzahler aber nicht. Vielmehr muss die Inanspruchnahme von speziellen (Dienst-)Leistungen separat bezahlt werden. Der Stadtrat geht davon aus, dass die Nutzung des Stadtsaals durch einzelne Veranstaltende zu einer individuellen Dienstleistung gehört.

Allerdings werden den Nutzenden dabei nicht die Vollkosten in Rechnung gestellt. Bei der Benützungsg Gebühr für den Stadtsaal handelt es sich nicht um „Gebühren“ im eigentlichen Sinne. Vielmehr geht es um eine Miete von Räumlichkeiten für eine beschränkte Zeit. Mit diesen Einnahmen sollen Betrieb und Unterhalt zu einem Teil finanziert werden. Nicht eingerechnet sind dabei Unterhaltskosten und die Amortisation, das heisst Ersatz- und Neuinvestitionen.

**Ist er bereit, die Gebührenordnung im Stadtsaal zu ändern und benutzerfreundlicher zu gestalten?**

Der Stadtrat nimmt die negativen Rückmeldungen zum neuen Gebührenregime im Stadtsaal sehr ernst und wird die Situation noch einmal genau analysieren, insbesondere was die finanzielle Belastung der einheimischen Veranstalterinnen und Veranstalter betrifft. Er hält jedoch fest, dass die Mehrzahl der Nutzerinnen und Nutzer des Stadtsaals das neue Tarifregime akzeptieren. Unzufrie-



denheit herrscht bei einigen Vereinen und Institutionen, welche in der Vergangenheit von der nicht konsequenten Anwendung des bestehenden, alten Gebührenreglements profitiert haben und nun für gleiche Nutzungen einiges mehr bezahlen müssen.

Dem Stadtrat ist es äusserst wichtig, dass die Kostenwahrheit für die einzelnen Bereiche der städtischen Verwaltung nicht wieder verwässert wird. Eine Entlastung der im Stadtsaal veranstaltenden einheimischen Vereine kann darum seiner Meinung nach nicht über eine Senkung der Stadtsaal-Tarife erfolgen. Der Stadtrat ist jedoch bereit, Zofinger Veranstaltenden gezielt mit zusätzlichen Unterstützungsbeiträgen unter die Arme zu greifen. Dies mit einer einfachen, unbürokratischen Lösung und nach klar definierten Kriterien, die sich auf den Nutzen der entsprechenden Anlässe und Events für die gesamte Bevölkerung der Stadt und der Region beziehen. Dazu können im Voranschlag im Bereich Stadtmarketing – Kostenstelle 830 Tourismus, Stadtbüro – zusätzliche CHF 20'000.– bis 30'000.– eingestellt werden. Dann kann der Einwohnerrat über eine solche Zusatzunterstützung und deren Höhe entscheiden. Diese erfolgt dann nicht mehr durch die Betriebsleitung des Stadtsaals und wird in der Rechnung – finanztechnisch richtig – nicht als Ertragsminderung im Bereich Stadtsaal, sondern als Unterstützungsbeiträge verbucht.

#### **Will er mit der Erhöhung der Gebühren fehlende Steuereinnahmen kompensieren?**

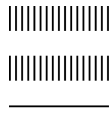
Mit den Einnahmen aus dem Stadtsaal geht es keinesfalls darum, fehlende Steuereinnahmen wettzumachen. Die entsprechenden Einnahmen des Stadtsaals aufgrund der Nutzungen vermögen die gesamten Aufwendungen für den Stadtsaal keineswegs zu decken. In der Rechnung 2010 stehen Einnahmen aus Benützungsgebühren, inkl. interne Verrechnungen, und Arbeiterlöhnen von CHF 270'000.– einem Aufwand von CHF 470'000.– gegenüber. Dabei sind noch keinerlei Amortisationskosten berücksichtigt. Mit der neuen Tarifordnung und deren konsequenter Einhaltung kann nun aber die Kostendeckung gegenüber früher wesentlich verbessert werden. Dies entspricht nicht zuletzt auch „Forderungen“, die – wie vorhin erwähnt – in früheren Jahren schon im Einwohnerrat und bei der Rechnungsprüfung durch die FGPK entsprechend formuliert wurden.

Der Stadtrat wird zudem verschiedene Fragen im Zusammenhang mit dem Service public, der Gebührenerhebung für die Leistungen der öffentlichen Hand und der Verrechnung von Leistungen innerhalb der Verwaltungsbereiche in den nächsten Monaten in verschiedenen Workshops grundsätzlich diskutieren. Er wird zu gegebener Zeit über die Ergebnisse orientieren.

Fr. **Irma Jordi** dankt Stadtmann Hans-Ruedi Hottiger für die Ausführungen. Sie ist jedoch nicht ganz zufrieden mit den Antworten und verlangt deshalb Diskussion. Gerne möchte sie auch die Meinungen aus den Fraktionen zu diesem Thema hören.

Die **Vorsitzende** lässt über den Antrag auf Diskussion von Irma Jordi abstimmen:

**Der Antrag wird mit 22:9 Stimmen (bei 6 Enthaltungen) abgelehnt.**



Art. 55

**Umfrage**

**Hinweis der Protokollführung**

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Fr. **Yolanda Senn Ammann** hat drei Fragen. Eine betrifft die bessere Terminplanung sowie die Einladung zu Informationsveranstaltungen des Stadtrates. Es finden immer wieder Informationsveranstaltungen statt, was auch begrüsst wird. In der Regel wird jedoch ziemlich kurzfristig – 14 Tage vorher – dazu eingeladen. Können die Einwohnerratsmitglieder nicht teilnehmen, weil die Terminkalender bereits voll sind, heisst es dann, sie hätten gar kein Interesse. Man könnte den Spieß aber auch umdrehen und sagen, eine kurzfristige Einladung des Veranstalters bedeute mangelndes Interesse seinerseits. Die Informationsveranstaltungen könnten bereits beim Projektstart terminiert und kommuniziert werden.

Gemäss Hrn. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, nimmt der Stadtrat die Anmerkungen zu den Informationsveranstaltungen gerne auf. Es ist überhaupt nicht in seinem Sinn, dass möglichst wenig Personen anwesend sind. Dies wäre schade für die Vorbereitungen, welche immer ziemlich viel zu tun geben. Man wird künftig besser Acht geben auf die Terminplanung und längerfristig zu diesen Veranstaltungen einladen.

Fr. **Yolanda Senn Ammann** ist ein wenig befremdet, und sie ist wahrscheinlich nicht die Einzige, dass der Einwohnerrat keine Einladung zum Tag der offenen Tür in der Kustorei erhalten hat. Der Einwohnerrat hat, als Volksvertretung, immerhin den Kredit gesprochen.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, muss sich für dieses Versäumnis entschuldigen – aber nicht als Stadtammann, sondern als Präsident des Regionalverbands zofingenregio. Die Einweihung wurde durch den Regionalverband, als Mieter der Liegenschaft, organisiert. Der Stadtammann hat die Einladungsliste nicht persönlich kontrolliert. Es tut ihm leid und er möchte sich in aller Form für diesen Fehler entschuldigen. Man hat regional gedacht und alle Exekutivmitglieder der Verbandsgemeinden eingeladen.

Fr. **Yolanda Senn Ammann** möchte gerne wissen, was mit der Abdankungshalle weiter passiert. Im Jahr 2006 sagte der damalige Stadtrat Hansruedi Gilgen, es werde eine Arbeitsgruppe gebildet, um die Nutzungen und verschiedenen Möglichkeiten festzulegen. Eine kleine Nutzung findet momentan statt, aber nicht für alle. Es würde sie interessieren, wann in dieser Angelegenheit konkret vorwärts gemacht wird.

Hr. **Hans-Martin Plüss**, Stadtrat, antwortet, dass bei der Abdankungshalle tatsächlich eine Verzögerung vorliegt. Es ist vorgesehen, diese im Rahmen des Immobilienkonzepts zu behandeln, bei welchem der Stadtrat eine Strategie entwickeln müssen, wie er mit den einzelnen Gebäuden, welche jetzt nicht so intensiv genutzt wie sie werden könnten, umgehen möchte. Ebenfalls muss abgeklärt werden, welche Bereiche noch Bedarf an Gebäulichkeiten haben. Dazu müssen erst der Bestand der Liegenschaften und die verschiedenen Bedürfnisse aufgenommen werden. Dies braucht seine Zeit und war im letzten Jahr, mit dem vorhandenen Personalbestand im Bereich Hochbau und Liegenschaften, nicht machbar.

Im Jahr 2005 stellte Fr. **Yolanda Senn Ammann** einige Fragen die Kultur betreffend in Form einer Interpellation. Die Antwort auf ihre Fragen lautete, dies gehöre in das Kulturkonzept. Inzwischen hat sie sich ein paar Mal erkundigt, wie es denn um das Kulturkonzept stehe. Dieses befindet sich nach wie vor in Bearbeitung. Sie möchte wissen, wann dieses konkret spruchreif ist.

Fr. **Annegret Dubach**, Vizeammann, hält fest, dass das Kulturkonzept im Frühsommer 2011 vorliegen sollte. Die Kultur in der Stadt Zofingen umzustrukturieren ist eine Knochenarbeit. Man hat vollen Einsatz geleistet und das Ergebnis wird bald vorliegen. Mit diesem Konzept wird man einen grossen Schritt nach vorne machen. Sehr vieles wird transparenter und nachvollziehbar, aber es wird zum Teil auch schmerzhaft sein. Mit diesem Konzept wird eine gute Basis für die weitere Arbeit zugunsten des kulturellen Lebens in der Stadt Zofingen geschaffen. Im Mai 2011 wird dieses durch den Stadtrat beraten und dann wird es auch öffentlich.

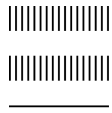
Bei den Fragen von Hrn. **Jakob Lang** geht es nicht um die Kultur, sondern ums Bauen. In Zofingen hat man die Chance, im Hirzenberg eine hochstehende Überbauung zu erhalten. Zum Baubewilligungsverfahren hat er folgende Fragen: Wie ist der laufende Stand des Verfahrens? Gibt es Probleme beim Bewilligungsverfahren von Seiten der Bewilligungsinstanzen (Gemeinde, Kanton)? Wie ist der Stand der Behandlung der Einwendungen der Anwohnenden? Wie ist das weitere Vorgehen bei der Beseitigung dieser Einwendungen?

Gemäss Hrn. **Hans-Martin Plüss**, Stadtrat, ist es beim Hirzenberg so, dass vier Baugesuche eingereicht wurden – eines für die Erschliessungsstrasse und drei für die Hochbauten. Auf Wunsch der Bauherrschaft behandelte der Stadtrat zuerst das Gesuch für die Erschliessungsstrasse und bewilligte dieses bekanntlich Ende letzten Jahres. Worauf die Anwohnerschaft eine Beschwerde einreichte, welche als Sprungbeschwerde direkt an das Verwaltungsgericht gerichtet wurde. Dieses Verfahren ist am Laufen. Die anderen drei Baubewilligungsverfahren sind noch hängig. Da es sich um hängige Verfahren handelt und eine gewisse Parteivertraulichkeit gilt, möchte Stadtrat Hans-Martin Plüss an dieser Stelle nicht auf Einzelheiten eintreten. Er darf hierzu keine Auskunft geben.

Hr. **Jürg Seiler** hat drei Fragen zur Entsorgungsstelle im Werkhof: Weshalb muss der Einwohnerrat aus der Zeitung vom Vorhaben, die Wertstoffsammlung an die Firma Gloor AG zu übertragen, erfahren? Was bewegt den Stadtrat dazu, diese Leistungen auszulagern? Mit welchen Einsparungen kann gerechnet werden?

Fr. **Käthi Hagmann**, Stadträtin, antwortet, dass der Einwohnerrat dies aus der Zeitung vernommen hat, weil der Beschluss dieser Auslagerung noch gar nicht gefasst wurde. Weder im Stadtrat noch im Einwohnerrat. Der Einwohnerrat wird darüber befinden müssen. Es ist so, dass gewisse Abklärungen getroffen wurden. Die Presse hat dies erfahren und kam deshalb auf sie zu. Man gab lieber auf diese Weise Auskunft als dass etwas Falsches kommuniziert wird.

Weshalb ist eine solche Auslagerung in Planung? Die Firma Gloor AG betreibt eine Wertstoffsammelstelle auf Zofinger Boden und zwar unabhängig davon, ob die Hauptsammelstelle im Werkhof ausgelagert wird oder nicht. Sie hat ein Gebäude gemietet und verfügt über einen langfristigen Mietvertrag. Die Gloor AG betreibt diese im grossen Stil in der Nähe des ehemaligen HKZ-Areals. Für sie stellt die Wertstoffsammelstelle einen Anteil des gesamten Abfallbusiness von ungefähr 20 % dar. Es macht aber keinen Sinn, wenn gleichzeitig einige hundert Meter weiter der Werkhof ebenfalls eine solche Sammelstelle mit mehr Aufwand betreibt. Im Werkhof kann momentan dreimal in der Woche entsorgt werden. Bei der Firma Gloor AG ist dies täglich möglich. Deshalb wurden erste Abklärungen getroffen und mit dem Entrümpelungstag vom nächsten Samstag will man die Leute



ein wenig darauf sensibilisieren und schauen, ob sie dies akzeptieren. Aber weder im Stadtrat noch im Einwohnerrat ist bisher ein Beschluss gefasst worden. Wenn alles rund läuft, sollte das Geschäft noch in diesem Jahr dem Einwohnerrat unterbreitet werden, weil auch eine Änderung des Abfallreglements nötig ist.

Mit Einsparungen kann nicht gerechnet werden, es handelt sich um ein Nullsummenspiel. Der Mitarbeitende, welcher die Sammelstelle bisher betreut hat, müsste dies an den drei Halbtagen zwar nicht mehr tun, aber er würde für anderweitige Arbeiten eingesetzt. In den letzten Jahren hat der Personalbestand im Werkhof kontinuierlich abgenommen und die Aufgaben haben laufend zugenommen. Unter anderem hat der Werkhof die Marktbetreuung von der Repol übernommen. Der Mitarbeitende kann also problemlos anderweitig eingesetzt werden.

Fr. **Irma Jordi** hält fest, dass der Slogan der Stadt Zofingen „Zofingen – bewegt & verbindet“ lautet. Sie hält eine Sache in Händen, bei welcher der Slogan eigentlich „Zofingen ist von gestern und von vorgestern“ heissen sollte. Ist sich der Stadtrat bewusst, dass Gutscheine an alle Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger, welche nach Zofingen ziehen, verteilt werden? Sie hat dieses von einer Mieterin erhalten, welche neu in einer hochpreislichen Liegenschaft in Zofingen wohnt.

Darin ist ein Gutschein für ein Freibillett im Kino Scala, welches seit einem halben Jahr geschlossen ist, enthalten. Ebenso hat es einen Gutschein der SBB, welcher bis am 31. Januar 2010 gültig war, Gutscheine für einen Anlass im Hirzenberg im August 2009 und 2010, einen Gutschein der Firma easy go travel, bei welcher sie sich gar nicht sicher ist, ob es diese überhaupt noch gibt oder nicht sowie einen Gutschein für einen Gratis Eintritt ins Schwimmbad für die Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger im Jahr 2009.

Besagte Person begab sich dann auf das Stadtbüro. Und hier die zweite Frage von Irma Jordi: Weiss der Stadtrat, auf welche Weise dort kommuniziert wird? Als diese Person dies anständig anmerkte, lautete die Antwort, dies mache gar nichts, es seien noch viele solche Gutscheine vorhanden und diese würden noch verteilt.

Könnten die verfallenen Gutscheine nicht herausgerissen werden? Diese sind perforiert und Irma Jordi würde sogar ihre Tochter und ihren Sohn für einen halben Tag zur Verfügung stellen, um diese Arbeit zu erledigen. Kann man nicht in etwa abschätzen, wenn so etwas angefertigt wird, wie viele Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger erwartet werden, damit nicht für ein halbes Jahrhundert solche Gutscheine produziert werden?

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, kann bekannt geben, dass sich ein neues und schönes Gutscheineheft im Druck befindet. Offensichtlich ist man aber 2 Jahre zu spät dran. Er möchte jedoch nicht, dass die jetzigen verantwortlichen Personen dies auf ihre Kappe nehmen müssen. Man wird die Gutscheine ganz genau anschauen, denn diese werden nicht durch die Stadt Zofingen kreiert, sondern durch die verschiedenen Anbietenden und man möchte eigentlich nicht unbedingt jedes Jahr solche nachdrucken müssen, da dies doch ziemlich teuer zu stehen kommt. Dieses Versäumnis tut ihm leid, das hätte nicht passieren sollen.

Ohne wenn und aber muss er sich für die ganz offensichtlich unprofessionelle Antwort des Stadtbüros entschuldigen. Es werden regelmässig Qualitätskontrollen durchgeführt. Der Stadtammann kann in diesem Zusammenhang auch mitteilen, dass sich die Stadt Zofingen an einer Untersuchung, bei welcher das Verhalten beim Telefonieren getestet wurde, beteiligt hat. Andere Gemeinden und Firmen schweizweit haben ebenfalls mitgemacht. Hier haben die Damen des Stadtbüros ein





ganz tolles Ergebnis erzielt. Offensichtlich konnten sie dies nicht auf die Theke übertragen. Man wird darauf achten, mit geeigneten Massnahmen Gegenschub zu geben.

Hr. **Marco Arni** kommt nochmals auf die Vernehmlassung zum Parkgebührenregime zu sprechen, an welcher er sich als eifriger Mitbürger ebenfalls beteiligen wollte. Glücklicherweise nahm er an der Informationsveranstaltung teil und kam deshalb in den Genuss eines Dokuments, welches er online leider nicht finden konnte. Nämlich die Synopse. Er glaubt, es hätten sich viele Missverständnisse vermeiden lassen können, wenn man dieses Dokument – die gute Gegenüberstellung von alt und neu – auch digital zur Verfügung gestellt hätte. Er geht davon aus, dass dies von technischer Seite her machbar gewesen wäre. Weshalb war dieses Dokument nicht online, zusammen mit den anderen Vernehmlassungsunterlagen, oder warum konnte er dieses auf der Homepage nirgends finden?

Marco Arni fühlt sich technisch nicht überbegabt, aber auch nicht extrem unterbegabt. Dennoch hatte er seine liebe Mühe mit dem PDF-Formular, was ihm beinahe die Freude an der Vernehmlassung genommen hätte. Jedes Mal, wenn er dieses abspeicherte, war es wieder leer. Schlussendlich hat er das Formular tatsächlich ausgedruckt, mit einer Briefmarke frankiert und abgeschickt. Er weiss nicht, ob dies für die Stadtverwaltung einfacher ist oder ob es nicht Möglichkeiten geben würde, ein automatisierteres PDF-Dokument zur Eingabe zur Verfügung zu stellen. Ähnlich wie dies bei kantonalen Vernehmlassungen der Fall ist. Dies sollte technisch ebenfalls machbar sein, so dass man über ein kundenfreundlicheres Rückmeldeformular verfügen würde.

Das Parkregime ist zurzeit das Thema in und um Zofingen. Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, erklärt, dass sich die Vernehmlassungsunterlagen auf der Homepage zum Herunterladen befinden. Er ist nicht informiert, dass dies nicht geklappt hätte. Die Abteilung Informatik wurde mit dem Aufschalten der Dokumente beauftragt. Die Funktionskontrolle hat aber scheinbar nicht funktioniert. In Zukunft wird man um Rückmeldung bitten, ob auch alles einwandfrei klappt. Stadtrat Rolf Moor hat selber weder versucht, etwas herunterzuladen noch nachgeschaut, ob alle Dokumente auf der Homepage vorhanden sind. Man wird darauf achten, dass dies in Zukunft funktioniert.

Fr. **Rahela Syed** erkundigt sich nach dem aktuellen Stand in Sachen Ferienschwimmkurs und ob die Arbeitsgruppe eingesetzt wurde.

Wie es alle der Presse entnehmen konnten, wurde der Ferienschwimmkurs von den beiden Leiterinnen abgegeben. Fr. **Käthi Hagmann**, Stadträtin, teilt mit, dass sie diesen aus verschiedenen, persönlichen Gründen nicht mehr durchführen können. Der Ferienschwimmkurs wurde Opfer seines Erfolgs. Er wurde einerseits zu gross und andererseits tauchte von Seiten der Eltern immer wieder die Frage nach den Qualifikationen der Schwimmkursleiterinnen auf. Hinzu kamen noch Fragen versicherungstechnischer Art. Man kann aus diesen Erklärungen heraushören, dass es sich um eine relativ komplexe Angelegenheit handelt.

Bis jetzt war nicht die Stadt Zofingen Kursveranstalterin. Früher war es der Badmeister und die Kursleiterinnen haben den Kurs von ihm übernommen. Nun stellt sich die Frage, ob die Stadt Zofingen Veranstalterin des Ferienschwimmkurses werden soll. Dann müsste dieser anders aufgestellt werden, was den Einsatz einer Arbeitsgruppe bedingen würde. Es fand eine erste Sitzung mit den bisherigen Kursleiterinnen statt, an welcher sie gebeten wurden, Inputs zu geben, was genau geändert werden müsste. Vor einigen Tagen sind diese eingegangen und es wartet ziemlich viel Arbeit auf einen. Stadträtin Käthi Hagmann weiss zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht, ob dieses Jahr ein Ferienschwimmkurs stattfinden wird. Es müssen zuerst neue Kursleitende gefunden werden und falls der Kurs neu aufgestellt werden muss, soll dies nicht in Eile geschehen.



Die Frage von Hrn. **Robert Weishaupt** richtet sich nicht direkt an den Stadtrat, sondern an die heute Abend Anwesenden. Wie alle wissen, hat er eine Interpellation zum Plan Lumière eingereicht. Nun fragt er nach, ob nicht einmal eine Parlamentsreise nach Luzern unternommen werden könnte, um sich in der Leuchtenstadt die ersten Umsetzungen des Plan Lumière durch den Tourismusverein Luzern zeigen zu lassen.

Die **Ratspräsidentin** findet die Idee von Robert Weishaupt gut. Er kann die Organisation gerne übernehmen und eine Umfrage starten, um zu wissen, wer mitkommen möchte bzw. kann. Die Einwohnerratsmitglieder könnte er dann zu gegebener Zeit zum Ausflug einladen.

Zum Schluss kommt die **Vorsitzende** noch zum Ausblick: Die Einwohnerratsmitglieder sehen sich das nächste Mal am 5. April 2011 in Olten anlässlich des Parlamente-Treffens. Die nächste Einwohnerratssitzung findet am 23. Mai 2011 statt. Für diese Sitzung sind folgende Geschäfte vorgesehen: Kreditbewilligung für die Erstellung von neuen, offenen Abstellplätzen für Zweiräder an der Florastrasse und Kreditbewilligung für die Schulinformatik. Die zusätzlich angesagte Sitzung vom 30. Mai 2011 entfällt. Es wurde befürchtet, dass im Mai die Geschäftslast zu gross ist. Ein Geschäft wäre der Projektierungskredit BZZ gewesen. Das Projekt hat jedoch einige Verzögerungen erlitten und bei den Machbarkeitsabklärungen betr. Zusammenschluss mit der Gemeinde Brittnau hat der Grossrat die notwendigen Grundlagen noch nicht geschaffen. In beiden Fällen liegt die Verantwortung für die Verschiebung weder beim Stadtrat noch bei der Verwaltung. Für die Einwohnerratssitzung vom 20. Juni 2011 sind folgende Geschäfte vorgesehen: Geschäftsbericht und Rechnung 2010, Informatikvorlage der Stadtverwaltung und Einbürgerungen.

Schluss der Sitzung: 21.00 Uhr

Für getreues Protokoll:

Patricia Kettner  
Ratspräsidentin

Arthur Senn  
Protokollführer